

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. Januar 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11

Erfordernisse auf tariflichem Gebiete

(Schluß)*

Programmatisch sollte diese unter sorgfältiger Hervorhebung der schnellen Notwendigkeit einer neuen Steuerungsulage alle nächstgelegenen Erfordernisse auf tariflichem Gebiete erfassende Abhandlung in der heute vor acht Tagen erschienenen Nummer schon zum Abschluß gelangen und dann durch Spezialartikel die weitere Entwicklung der Situation beleuchtet werden. Möglicher Eintritt von widrigen Umständen, denen man als Mensch nur zu leicht unterliegt, warf aber das bedachtsam aufgestellte Programm rücksichtslos über den Haufen, und so mußte ein Spezialartikel vordringender werden.

Die Erregung in der Gehilfenschaft über die Sabotierung des Tarifauschusses von Unternehmern kann naturgemäß im „Korr.“ erst nach und nach zum Ausdruck kommen. Aber wenn die vielfach durch Lokalschwierigkeiten entstandene Verzögerung in der Abhaltung von Professoerverfassungen, die nach schnellster Einberufung des Tarifauschusses schreien angeht, der geradezu einem Staatsstreich der Prinzipalsführung gleichkommenden Ablehnung eines solchen Antrags der Gehilfenvertreter, sich ausgeglichen hat, dann wird es sich für die andre Seite mit Erschrecken zeigen, was von Leipziger Sturzschichtigkeit wieder einmal angerichtet wurde. Die nachfolgend gekennzeichnete Stellungnahme der Berliner Kollegen ist eine energische Antwort darauf. Aus den andern Druckorten jeglicher Größe wird in der nächsten oder in späteren Nummern die Besprechung in ähnlicher Weise zu lesen sein, wenn man sich endlich mehr auf die alle Übung und Vorkenntnis besinnend, daß Verfallensberichte sofort aufzugeben sind, und zumal in so zugespitzten Momenten wie gegenwärtig.

Wie wenig „bestellte Arbeit“ vorliegt, können die Prinzipale, die das Jubiläumsjahr der neuen Tarifgemeinschaft (1896—1921) nicht mit einem großen Krach zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum in unserm Gewerbe begonnen haben wollen, an der zunächst abwartend gewordenen Haltung der Gehilfenschaft erleben. Man hat in unsern Reihen allgemein angenommen, daß es ohne Schwierigkeiten im Januar zu neuen Verhandlungen kommen würde; an die Möglichkeit, den Tarifauschub durch Buchdruckervereinsdiktum und mittels raffinierter Buchstabenreteller untauglich sein zu lassen, konnten nur wenige bei uns glauben.

Der neue Tarif hat zwar das alte Motto von Treu und Glauben in der Auslegung und Befolgung der Bestimmungen über das beiderseitige Verhältnis übernommen, aber ehe er noch in Kraft treten konnte, sind Treu und Glauben von der Leistung des andern Vertragskontrahenten wie alter Munder über Bord geworfen worden. Wenn man auch sofort wieder mit Rettungshaken danach fische, so war die schändliche Handlungsweise im Tarifamt doch nicht umgekehrt zu machen. Es wurde vielmehr, indem nachträglich der gesamte Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins nach Leipzig einberufen wurde, weil man die Folgen der ebenso brisierenden wie dem inneren Geheiß der Tarifgemeinschaft einfach hohnsprechenden Haltung der Prinzipalschaft und -organisationsvertreter im Tarifamt zu überdenken begann, eine ansehnliche vernünftigerer Geste herausgestellt. Sie war jedoch durch die erst nach fast vier Wochen erfolgte Anberaumung einer erweiterten Vorstandssitzung so raffiniert angelegt, daß die Verurteilung über solches Treiben der Prinzipalsführung nur noch schärfer ausfallen muß.

Danach wurden dann auch stärkere Saiten aufgezogen von der Gehilfenschaft, dem „Korr.“, den Gehilfenvertretern und in Übertragung aus der Gehilfenschaft selbst heraus. Eingefandte Artikel zu der eingetretenen gespannten Lage mehrten sich und zeigen zum Teil so gute Unterrichtung über alle Vorgänge, daß — wir erwähnen

nur den Artikel „Treu und Glauben?“ in Nr. 9 — aus Prinzipalskreisen selbst starker Anmut gegenüber Gehilfenfunktionären geäußert sein muß über die aus lauter Angst vor der sogenannten Provozier- oder in aller unruhiglich bekannter Buchdruckervereinspolitik eingemommene provozierende Haltung der Leipziger Oberleitung, der sich in Verkenntnis ihrer Neutralität die Prinzipalsmitglieder des Tarifamts mit schuldigen gemacht haben.

Während sich so die Dinge komplizierter gestallten und die von Gehilfenseite geführte Sprache berechtigterweise immer deutlicher wurde, konnte im „Korr.“ die Veröffentlichung der „Nachahmenswerte Beispiele“ in einem Umfang fortgesetzt werden, wie wir es nach unrer in Nr. 6 an dieser Stelle davon gegebenen Absicht nicht für möglich gehalten hätten. Das ist nun eine noch stärkere Unterstreichung der von uns aufgestellten Behauptung, daß weite Kreise der Prinzipalsität damit das völlige Angenügen der letztmaligen Steuerungsulage zu geben. Daß die Firma Reismann-Grone in Essen noch mit der größten Sonderbewilligung (siehe Nr. 7) hantiert, wird für alle jene Kleinen oder Großen, die nach dem Beispiele von Bachmann (Baalsdorf) in der „Buchdruckerwoche“ oder anderswo zum Trennungsschritte mit dem Deutschen Buchdruckerverein aufordern und dafür die Fahne des von Reismann-Grone mit großer Unbauher in der Nichtöffentlichkeit geführten Arbeitgeberverbändchens entrollen, eine niedererschmetternde Ernüchterung bilden. Auch solche Mitteilungen, wie die aus Gramberg („Korrespondenzen“) in Nr. 9, daß dort die Prinzipale ohne weiteres eine besondere Beihilfe gewährten, weil sie sich überzeugen ließen, daß die Buchdrucker gegenüber andern Arbeitern zu schlecht dastehen, müssen die von der „Zeitschrift“ vor den großen Tarifverhandlungen gerügten „kleinsten Pfennigsucherei“ doch endlich zu schanden werden lassen, wenn anders nicht die Prinzipale den Brand in ihren Häusern haben wollen. Durch den von uns in Nr. 6 gebrachten Artikel „Von Materialienmarkt des Gewerbes“ dürfte die Situation auf der andern Seite auch nicht gemüßlicher geworden sein. Aber die in Nr. 4 erschienene Zusammenstellung der seitherigen Steuerungsulagen ist uns von verständiger denkenden Prinzipalen die Auffassung übermittelt worden, daß man dies als eine schwere Anklage gegen die Prinzipalsführung empfunden habe, deren Rückwirkung nicht ausbleiben werde. Die gleichzeitig (in der Beilage) gegebene Bilanz unserer Lebenshaltung veranlaßte die „Rote Fahne“ in einer redaktionellen und deshalb weniger aggressiv als bei Abstammung aus Buchdruckerkreisen gehaltenen Notiz, den Buchdruckern zu sagen, wohin sie angesichts solch niedriger Löhne mit ihrer vielgerühmten Tarifgemeinschaft gekommen wären.

Wenn man von einem Verdienste der Sachgassenpolitik der Prinzipalsdiplomatie sprechen kann, dann ist ihr zu zuzuerkennen, daß sie die wirkksamste Züchterin der Opposition ist, und daß es ihr gelingt, die Vermehrung der Kommunisten unter den Buchdruckern mit Brutstosshilfe zu betreiben. Anstatt den Ausfall der Abstimmung als ein schweres Warnungssignal zu beachten, hat man blind wie in der Kriegszeit die oberste Heeresleitung Politik gemacht hat und sich erst recht den Elefanten im Porzellankasten zum Vorbilde genommen. Glauben die wieder einmal mit ihrem Sturze ins Schleudern geratenen Herren auf der andern Seite, daß es da noch bei der Gehilfenschaft großer Einwirkung bedarf, um alles in Rebellion zu versetzen?

Wenn der „Typograph“ in einem Nachwort zu dem Düsseldorfser Streik unumwunden zum Ausdruck brachte, daß etwa nochmals aufstrebende Propagandisten für selbständige örtliche Aktionen von den Mitgliedern des Guttenbergbundes nicht mehr gut Gesehigkeit rechnen könnten, so gab er am 21. Januar keine Stellungnahme zu der von der Prinzipalsleitung leichtfertig heraufbeschworenen Situation doch im Sinne des Zusammengehens mit der Allgemeintheit bekannt. „Mit der Ablehnung des Gehilfenantrags, der durchweg aus allen Tarifkreisen gekommen war, haben die Prinzipale nicht nur den Gehilfen einen sehr schlechten Dienst erwiesen, sondern auch

sich selbst“, schreibt das Bundesorgan und meint weiter, wenn den Prinzipalen der Friede im Gewerbe noch etwas gelte, dann müßten sie sich schon früher an den Verhandlungstisch setzen und schon von einem früheren Zeitpunkt ab neue Zulagen gewähren. Also auch von dieser Seite erfährt die Buchdruckervereinspolitik glatte Verurteilung.

Wie es heißt, sollte der Prinzipalskabinetsrat statt am 26. „schon“ am 24. Januar beginnen. Die Einwirkungen der Gehilfenfunktionäre bei den Prinzipalsvertretern ihrer Kreise und Orte sowie der schärfer wehende Strifenwind aus dem Gehilfenlager im allgemeinen dürften wohl diese kleine Beschleunigung zustande gebracht haben.

Das Zustandekommen von neuen Verhandlungen dürfte nunmehr nicht mehr in Zweifel zu stellen sein. Der engere Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins telegraphierte der Verbandseitung auf deren schon gemeldete Vorstellung in Leipzig (Nr. 7) zurück, die Hauptvorstandssitzung werde sich mit der Angelegenheit beschäftigen, die Schwierigkeiten des neuen Tarifs sollten doch berücksichtigt werden, die Auswirkung seiner Bestimmungen ließen sich noch nicht übersehen. Gleichzeitig ließ der Leipziger Prinzipalsvertreter seine von den Personalvertretungen in einer gewissen Richtung etwas bedrängten Kollegen benachrichtigen, man solle sich auf nichts einlassen, denn es ständen neue Verhandlungen des Tarifauschusses in Sicht.

Der klar ablehnende Standpunkt ist aber nicht nur diesen Anzeichen nach schon vor dem Zusammentritt des Kabinetsrats aufgegeben worden, und damit sind die in der Zusammenstellung der Steuerungsulagen auch zu findenden diversen Seitenstränge um eine neue Nummer vermehrt worden, die keinen Rückgang der Leistungen in dieser Hinsicht erkennen läßt. Die „Lohnpolitik der nächsten Zeit“ (siehe Nr. 112 von 1920) ist eine von Scharlachmachern ausgelegte Parole, auf die man lieber andrer herfallen läßt. Es scheint in bestimmten Prinzipalsregionen als ehrenvoll betrachtet zu werden, zu diesen hereinfallenden andern nicht zuletzt zu zählen.

Bereitschaft zu aller schnellster Einberufung des Tarifauschusses ist also das, womit die außerordentliche Umarmung des Deutschen Buchdruckervereins wie seiner (und auch der Zeitungsverleger) illegalen Abwehrorganisation und der Prinzipalsratsamtsmitglieder mit jenem Sabotierungsbeschlusse noch einigermaßen wellgemacht werden könnte. Ist man nicht ganz blind gegen die Erfordernisse auf tariflichem Gebiete, dann müßte man wissen, daß auch sonst noch manches zur Klärung durch den Tarifauschub drängt.

Von einer neuen Steuerungsulage kann eigentlich gar nicht gesprochen werden. Die Gehilfenschaft kann doch die 10, 15 und 20 Mk. vom November nicht als eine komplizierte Steuerungsulage betrachten, weil damit der nach der Mitbewilligung erst gekommene Steuerabzug, die Erhöhung der sozialen Abgaben sowie die weiter erhöhten Verkehrstarife ja nicht einmal zu denken sind, die vielen und ansehnlichen Hauptmeßausgaben also gar nicht in den Deduktionsbereich kommen. Wenn demgemäß von unrer Seite erklärt werden würde, es wird jetzt nur die zweite, größere Rate von der Novemberbewilligung verlangt, dann könnte schon aus innerer Berechtigung heraus dagegen von der Prinzipalsität nicht angefallen werden, der Streik um Geltungsdauer und Sündigungsberechtigung wäre müßig. Es handelt sich jetzt also nur um ein Nachholen des im November 1920 zu wenig Bewilligten.

Aber wenn man jetzt die unflüchtigsten Behauptungen über die Buchdruckerlöhne in Prinzipalskreisen hören muß, so in einer Großdruckstadt, die Buchdrucker hätten die höchsten Löhne, dann muß man nach Luft schnappen über solche Weisheiten. Die Öffentlichkeit hat ja schließlich auch ein Interesse daran,

* Siehe hierzu die Ausführungen unter gleicher Überschrift in den Nummern 4, 6 und 7, die parallel laufenden wirtschaftlichen Artikel „Die Bilanz unserer Lebenshaltung“ in Nr. 4 und 5 unter Beachtung, daß in letzterer Nummer die stufenmäßigen Zusammenstellungen ergänzt sind, sowie den Sonderartikel „Wo stehen wir?“ in Nr. 8.

derartige Behauptungen den in andern Gewerben bestehenden Sachlagen gegenüberzustellen. Wo wird es denn noch einen hochqualifizierten Beruf geben, der für Löhne — nicht Neuausgelernte! — in den kleinsten Orten (ohne Lokalaufschlag) 169 Mh. Minimallohn aufweist, der dann in elf Lokalaufschlagskategorien für Verheiratete in dem am höchsten lebenden Orte (Berlin) auf 270,50 Mh. ansteigt, also Stundenlöhne von 3,52 bis 5,64 Mh.? Wir haben bei der großen Debatte über die letzte kaiserliche Steuerungszulage einmal den aus kleinen Orten kommenden Behauptungen, daß alle andern Arbeiter ein Bedeutendes mehr verdienen (bis zu 150 Mh.) als die Buchdrucker, Abweilung jurell werden lassen. In der Zwischenzeit konnten wir aber feststellen, daß wohl Übertreibungen vorgekommen sind, daß jedoch die höheren Löhne allgemeiner anzutreffen sind und sogar in den kleinsten Orten, als wir anzurechnen berechtigt waren nach den im Spätherbst 1919 zur Steuerungsulagenbewegung Nr. 9 aus solchen Kleinorten selbst gemachten Angaben. So haben sich die Verhältnisse geändert!

Undes ist es gar nicht notwendig, auf die Zeit und die Verhältnisse von Ende 1919 zurückzugehen. Für Leipzig hat sich nach dem Stande vom Oktober 1920 eine gewisse Gleichstellung der Buchdrucker mit den meisten andern Arbeiten ergeben. Es konnte deshalb dem damit triumphierend argumentierenden Leipziger Prinzipalsvertreter nicht entgegengetreten werden bei den Tarifverhandlungen. Aber in der kurzen Zeit von da bis jetzt hat sich auch in Leipzig ein erstaunlicher Wandel vollzogen. Es sind immer mehr Berufe den Buchdruckern vorausgekommen oder sind auf dem besten Wege dazu. An dem betreffenden Herrn wäre es leicht, den Nachweis zu führen, wie wenig Berufe nur um 750 Proz. im Jahre gestiegen sind gegen die Vorkriegszeit, wie es bei den von keiner Lokalaufschlagserhöhung oder Sonderbewilligung betroffenen Leipziger Buchdruckern (Klasse C, Verheiratete) der Fall ist, während Berufe aber einen höheren Stundenlohn als 5,27 Mh. haben.

Wenn sich in einem so kurzen Zeitraum die Dinge derart verschoben, dann sollen die Buchdrucker gehoramt warten bis zum 31. März, weil diese Frist nun einmal festgelegt worden ist, obwohl kein Mensch bei den Berliner Verhandlungen im Ernste daran gedacht hat, mit 10, 15 und 20 Mh. Zulage fünf Monate lang den im Galopp von der bürgerlichen Regierung vorgenommenen Abbau der Schwangerschaft mit auf dem Fuße folgender Preisfreiheit durch die freie Wirtschaft anzusehen und durchzusetzen? Wer das für möglich hält, soll das an sich selbst exemplifizieren, er würde konkurrenztun dastehen. Es ist wirklich des grauamen Spieles genug, wenn es drei Monate lang (November, Dezember, Januar) ausgehalten worden ist — nun aber Schluss damit und die Aufreizung der Gehilfenchaft nicht noch weiter getrieben!

Die Nichterhaltbarkeit langer Fristen bei Steuerungsulagen hat sich ehelant bei uns erwiesen. Wir haben uns in andern Gewerben erkundigt und sind zu dem Ergebnisse gekommen, daß nirgends in diesen Zeitaläuten auch nur annähernd so lange Zeit abgelaufen wird. Die neuen Vereinbarungen werden oft gar nicht mehr besonders gedruckt, weil es sich nicht lohnt, da der Verland noch nicht beendet ist, wenn die fraglichen Verhältnisse schon wieder zu einer Erhöhung zwingen.

Die Gehilfenvertretung ist selbstverständlich nicht so einseitig gewesen, eine Bindung auf fünf Monate für möglich zu halten. Es ist ja schon bei den Schlussverhandlungen am 18. und 19. November von ihr ein kräftiger Vorstoß unternommen worden, noch eine Erhöhung der Steuerungsulage herauszuschlagen, da die vielen Proteste telegramm das von uns vorausgehende Echo brachten. Aber wir drangen auch nicht mit einer Sonderbewilligung zu Weihnachten durch, obwohl es trotzdem in der Praxis in sehr vielen Fällen dazu gekommen ist. Damals schon hatte die orthodoxe Mehrheit der Prinzipalsität kein leichtes Spiel; es klickte ganz bedeutend in der entsprechenden Fraktionsbildung der andern Seite. Wir beschränkten in dem Artikel von Nr. 136 es öffentlich für ganz unmöglich, daß die neue Steuerungsulage bis zum 31. März dauern könnte. Da die Steuerungsulagen Nr. 6, 7 und 11 vor Ablauf der vorliegenden Zustände gekommen waren, obwohl die Bewilligungen nicht einmal so ungenügend ausgefallen waren und obendrein die Gehilfenchaft im August v. J. einen Erneuerungstermin vertretchen ließ, weil die Verhältnisse sich ein wenig gebessert hatten, konnten wir also auch für Januar 1921 auf Durchsetzung einer unbefristbahren Notwendigkeit rechnen. Das war um so mehr zu erwarten, als nachweislich unser ausdrücklicher Vorbehalt bei eintretender merklicher Verschlechterung wie schon dageselien früher wieder zu kommen, mit einer gewissen Selbstverständlichkeit aufgenommen wurde. Bei den engeren Beratungen hatten zwei namhafte Prinzipale gleichmäßig deutlich erkennen lassen, daß man ja nicht mit Einhaltung der Ablauffrist rechnen, und im Plenum ließ ein anderer Prinzipalsvertreter keine juristische Beschlagen-

helf spielen, indem er meinte, es bedürfe gar nicht dieser Ausbedingung, man könne ja so schon am 1. Februar zur Kündigung schreiten. Der Nichtjurist wird danach nicht so sehr schlußfolgern, wenn er gleich den 1. Januar für den künftigen Termin nimmt. Das ist von der Gehilfenvertretung denn auch geschehen, und zwar aus zwingender Not heraus, die bekanntlich nach dem als Staatsmann wilhelmlicher Zeit doch als ehrliche Haut geltenden Behmann Holtweg kein Gebot kennt. Aber nun war es nichts, nun sollte statt der 1. März erst als Kündigungsfrist zulässig sein. Zu allen proogreteren Auswählungen kam gar noch der Einwand, daß manches so gar billiger geworden sei. Es sollte nur noch, daß der Spiel umgekehrt und zum Zwecke des Lohnabbaues Kündigung zum 1. Januar für angebracht gehalten worden wäre!

Die künftliche Geschichte mit der Geltungsdauer wird noch dadurch drastisch beleuchtet, daß der Führer von dem Mittelner Stohtrup die Bedingungen verschärfen wollte, indem er beantragte, eine merkliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse solle erst dann als gegeben angesehen werden, wenn eine weitere Verteuerung um 20 Proz. nachgewiesen werden könne. Das wäre gegenüber dem Stande vom September zu verleben gewesen, denn weitere Auswählungen lagen noch nicht vor. Damit kam er aber selbst bei seinen Kollegen nicht durch. Nun ist es aber Tatsache, daß Calwer allein für die Hauptnahrungsmittel — also nicht einmal für alle — eine Verteuerung im Oktober und November um nicht weniger als 83 Mh. nachweist, mitbin gegenüber der Septemberfrist von 273,95 Mh. eine Verschlechterung um 30 Proz. festgestellt hat. Und was kommt alles zu diesen 16 Lebensmitteln noch hinzu, um das Leben notdürftig kräftig zu können! Wir hätten also selbst diese scharfe Bedingung genug und übergenuz erfüllen können. Was ist nun in jener Tarifmitteilung alles geredet und „bewiesen“ worden von Prinzipalsseite! Und was wird schließlich wieder zusammengereimt werden in dem großen Konventikel jetzt?

Die vom Deutschen Buchdruckerverein angeordnete Diktatur über die Einberufung des Tarifausschusses ist ein noch größeres Argernis und noch schlimmere Paragrafenhüchler. Der in Arkadien geborene Artikel „Treu und Glauben“ in Nr. 9 hat das bereits freilich aufgezeigt. Es muß aber in diesem Zusammenhang noch einiges dazu angeführt werden, weil es sich um einen in der Geschichte der Tarifgemeinschaft beipiellosen Vorgang handelt, der die gewiß sehr unübliche Diktaturkomödie des Deutschen Buchdruckervereins, gegen Tarifausschub und Tarifausschub im Dezember und Januar 1918 19 bei weitem überbietet.

Der „Exp.“ wendet sich gegen den von der Prinzipalsorganisationsleitung verübten groben Ungehörigkeit, als er sich in der zuvor erwähnten Richtung ausdrückt: Sollte man gewußt, daß von Prinzipalsseite solche Schwierigkeiten gegen die Einberufung des Tarifausschusses gemacht würden, wäre eine konkrete Festlegung erfolgt. Wo sollte es hinführen, wenn die eine oder andre Partei aus Prinzip geschloffen gegen die Forderung nach Einberufung tritt? Ein Drittel der Tarifausschubmitglieder müßte schon einen solchen wirksamen Einfluß auf das Tarifausschub ausüben können.

Wir sagten bereits in Nr. 7, das Tarifausschub hätte den an ihn gerichteten Antrag sämtlicher Tarifvertreter, den Tarifausschub alsbald einzuberufen, zur schriftlichen Abstimmung unter den Mitgliedern des Tarifausschusses bringen müssen. Das Tarifausschub ist nach allen Haupt- und Nebenbestimmungen über die Organisation der Tarifgemeinschaft ein dem Tarifausschub nachgeordnetes Organ. Die ihm nach § 86 Ziffer 1 und § 88 Ziffer 11 zustehende Befugnis zur Einberufung des Tarifausschusses ist eine rein geschäftsmäßige Bestimmung, weil das Tarifausschub alle Geschäfte zu führen hat. Prinzipielle Bedeutung liegt nicht im geringsten in dieser Ermächtigung, denn sonst müßte irgendwo auch gesagt sein, daß das Tarifausschub die verlangte Einberufung des Tarifausschusses auch ablehnen kann und unter welchen Voraussetzungen. Davon steht aber im Tarif wie in den Geschäftsordnungen der beiden Hauptorgane nicht ein Wort.

Für den vom Deutschen Buchdruckerverein ausgeübten Terror ist aber der vorliegende Fall nicht etwa durch Neubeit der Bestimmungen einschuldbar. Den jetzt begangenen schlimmen Mißbrauch hätte der DVB schon unter dem alten Tarif vollführen können, denn es sind hier wirklich die alten Bestimmungen in den neuen Tarif übernommen worden. Ja, schon 25 Jahre hindurch konnte es zu einer solchen direkt gegen Treu und Glauben verstoßenden Handlungsweise kommen, denn die im Jahre 1896 neu aufgenommene Tarifgemeinschaft hat über die Einberufung des Tarifausschusses durch das Tarifausschub in nahezu unverändert gebliebenem Wortlaut immer das gleiche enthalten. Treu und Glauben haben also in diesem langen Zeitraum auf Prinzipalsseite mehr gestolten als jetzt! Die Leipziger Prinzipalsführer bekundeten während der großen Tagung im vergangenen Jahre so manches Mal eine ver-

nünftlere Haltung als die von der Krauser- und Krämerpolitik selbst beschloffenen und darauf festgelegten meisten andern Vertreter. Nun scheinen auch sie sich zu der allen unlieblichen und kleintlichen Buchdruckerpolitik wieder zurückgelungen zu haben.

Der bisherige Verlauf dieser Terrorismusaffäre hat schon gezeigt, daß die Prinzipalsvertreter doch nicht in-lich der Leipziger Diktatur zu sitzen bereit sind, auch wenn eine verüllteinte Berliner Prinzipalsparlamentung dazu freimütlich Vellall klaffte. Denn die jegliche Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins ist doch schon eine Korrektur des Diktaturstandpunktes. Die Prinzipalsvertreter draußen im Reich werden diese hanebüchene Vergewaltigung des Tarifausschusses doch nicht mitmachen wollen, sonst gäbe es daheim brennende Häuser. Sie werden den mitwirkenden Tarifausschubmitgliedern vielleicht mitlidenen Umständen zu billigen und sie nur wegen ihrer totalen Tarifausschubkenntnis in die Mütze schicken. Aber mit einer möglichen schmerzlichen Erlebung dieser höchst blamablen Affäre darf es nicht getan sein. Es wird sich nämlich sehr fragen, wieviel von den höchsten 5500 Mitgliedern der Prinzipalsorganisation diese plumpe Gewaltpolitik aushalten werden. Von den über 4000 tarifstreuen Firmen aber, die etwa den DVB auszuhalten vermögen — es sind auch etwa 2000 ansehnliche Betriebe darunter —, ist zu erwarten, daß sie gegen dieses Leipziger Glanzstück einer General-Hoffmanns-Politik ganz energisch aufbegehren. Die Umkehrung des DVB wächst ins Groteske, wenn man seiner Diktatur über alle seine immerhin doch beschränkte Bedeutung im Gewerbe entgegenhält. Ein solches totales Verfahren des Kartens kann die Buchdruckerunternehmerchaft doch unmöglich ruhig hinnehmen!

Es ist selbstverständlich, daß als weiteres Erfordernis auf tariflichem Gebiete beim Zusammentritt des Tarifausschusses sofort eine Schutzbestimmung gegen Vergewaltigungen durch den Deutschen Buchdruckerverein geschaffen werden muß. Eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Mitgliedern der obersten tariflichen Instanz muß das Recht erhalten, eine Tagung des Tarifausschusses beantragen zu können. Das Tarifausschub hat nach Erfüllung dieser Voraussetzungen dann einfach die Einberufung vorzunehmen. Wenn man eine solche, durch eigene gewalttätige Auslegung bestehender Vorschriften zur Notwendigkeit gewordene Interpretation der §§ 86 und 88 Ziffer 1 und 11 etwa als eine materielle Änderung des Tarifs bezeichnen wollte, dann wird sich die Gehilfenchaft daran nicht kören, vielmehr daran erinnern, was der Deutsche Buchdruckerverein nach den Geschäftsordnungen im Jahre 1911 aus gewissen neuen Bestimmungen zu machen verstanden hat. Die Sabotage des Tarifausschusses darf nur einmal möglich gewesen sein!

Der Deutschen Buchdruckervereins „Schutzgemeinschaft“ eine illegale Organisation; das ist nun von der Schutzgemeinschaft selbst unter Beweis gestellt worden. Der Verfasser des ersten Artikels in vorliegender Nummer hat uns die von ihm genommene Kopie des zum Teil in Nr. 9 abgedruckten scharfmacherischen Rundschreibens zur Kenntnisnahme eingeliefert. Die hauptsächlichste Beschäftigung mit dem Düsselborfer Streik, der nach allen Regeln der Unternehmerrategie ausgenutzt werden soll, tritt für uns zurück hinter das unerhörte Faktum, daß besagte Schutzgemeinschaft schon vor dem Staflinden der kritischen Tarifausschubtagung in das Land hinausblauen darf, die Prinzipalsmitglieder würden sicherlich der „vorzeitigen“ Einberufung des Tarifausschusses widersprechen, es könnten daraus ernste Konflikte mit der Gehilfenchaft entstehen, deshalb müsse schnellmöglichst eine einheitliche Front der Prinzipale geschlossen werden mittels Durchorganisation der Schutzgemeinschaft.

Wer bringt den Mut auf, angesichts dieser gemeingefährlichen Scharfmacher noch zu behaupten wie nach der am 3. August 1919 in einer großen Kabinettsitzung vollzogenen Gründung der Schutzgemeinschaft, dieselbe trete nur bei illegalen Aktionen von Gehilfengruppen in die Erscheinung und wolle als Abwehrorganisation für den Notfall ja nur dem gewerblichen Frieden dienen? Wir haben uns in Nr. 106 von 1919 eingehend mit dieser „Friedensgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ beschäftigt, wiesien auch auf diese Folgeerscheinung von brisanten Aktionen die leichter zu Seltenprinzen neigenden Kollegen hin, und im Dezember 1919 kam es dann in der Tarifausschubtagung zu einer lebhaften Interpellation von Gehilfenseite, aber was sich nun ergibt, ist doch Angriff und Friedensgefährdung im schärfsten Maße.

Der im Jahre 1912 geschaffene Fonds für besondere Zwecke führt ja logisch zur Errichtung einer solchen scharfmacherischen Kiezelle in der Tarifgemeinschaft. Das läßt sich gar nicht mehr bestreiten. Die Gehilfenchaft läßt sich das aber nun nicht länger gefallen; sie betrachtet als ein wichtiges Erfordernis die Aufhebung dieser Orgesch im Buchdruckgewerbe. Daß sie auch von den Prinzipalen entbehrt werden kann, zeigen die von dem Kreisvertreter Fischer in Steflin mit außerordentlichem Fleiß bei seinen Kollegen vorgenommenen Einmannungsverfuche.

Graphischer Bund

Auswahl der Sekretärstelle

Der Gesamtvorstand des Graphischen Bundes hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, zur Führung der Geschäfte einen Sekretär anzustellen. Desgleichen ist beschlossen worden, der Herausgabe einer „Betriebszeitung“ für das ganze graphische Gewerbe näherzutreten. Dem Graphischen Bund sind angeschlossen: der Verband der Deutschen Buchdrucker, der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, der Verband der Lithographen und Steinbrucher und verwandten Berufe und der Verband der graphischen Hilfsarbeiter.

Der Graphische Bund hat zur Aufgabe:

1. den möglichst reiflichen Zusammenbau aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in den zuständigen Berufsorganisationen;
2. die Durchführung möglichst gleichzeitiger Arbeits- und Lohnverbände;
3. den möglichst gleichzeitigen inneren Ausbau der beteiligten Organisationen mit dem Zweck, dadurch die notwendigen Vorarbeiten für die Schaffung eines der gesamten graphischen Arbeiterchaft umfassenenden Industrieverbandes zu leisten.

Der auszustellende Sekretär hat neben der Übernahme der Redaktion der „Betriebszeitung“ gemäß den angeführten Aufgaben tätig zu sein, er hat alles zu tun und zu fördern, was diesen Aufgaben, den in Betracht kommenden Organisationen und dem Gesamtgewerbe dienlich sein kann. Kollektiert wird auf eine arbeitsfreie, mit den einschlägigen Verhältnissen vertraute und den zu leistenden Anforderungen gemessene Persönlichkeit. Bezahlung nach Vereinbarung. Eintritt sollte möglichst bald, spätestens aber bis 1. April 1921, erfolgen.

Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre einer von den vier genannten Organisationen angehört und bereits organisatorisch tätig gewesen sein. Den Bewerbungen ist eine kurze Schilderung des bisherigen Lebenslaufes sowie die Vorlegung der Aufstellung über die Aufgaben des Graphischen Bundes und die im Sekretariat mögliche Tätigkeit beizugeben.

Dasbezügliche Zuschriften sind an den Geschäftsführer des Graphischen Bundes, Bruno Schweinitz, Berlin SW 29, Schamissoplatz 5 II, bis spätestens 15. Februar zu richten. Der Vorstand des Graphischen Bundes.

Wie helfen wir den Arbeitslosen?

Wie oft wohl ist diese Frage ge- und besprochen und mit vielen wertvollen und weniger wertvollen Vorschlägen beantwortet worden! Eins nur ist allen klar: „Wir müssen helfen!“ Bedauerlicherweise ist die Betonung nicht allein auf das Wort „müssen“ zu legen, sondern weit mehr auf das kleine Wörtchen „wir“.

Es ist eben eine unerreichte Tatsache, daß wir bei der Privatpolitik sehr selten das menschliche Empfinden die Gemeinlichkeit überwiegen lassen. (Die Ausnahmen wirken dabei um so wohlthätiger.) Viele Tatsache muß unbedingt in Rechnung gestellt werden, wenn Probleme zur Lösung der Arbeitslosenfrage aufgerollt werden, weil eben die Schlichte sich im kapitalistischen Staat überaus stark entwickelt. Es ist eigentlich unnötig, zu sagen, daß man nie und nimmer die aus den Verhältnissen entstandenen menschlichen Eigenschaften so ohne weiteres beiseite kann. Wenn wir nun die üblichen Eigenschaften selbst nicht beiseite können, so müssen wir doch wenigstens versuchen, ihnen den Boden zu entziehen oder umzuändern, auf dem sie sich auswirken. Das dies unmöglich ist, hat noch niemand bewiesen, wohl aber sind gegenwärtige Vorschläge gemacht und Theorien aufgestellt worden, denen man ein gewisses Zutrauen auf die Ausführbarkeit und das Gelingen nicht verlagern kann.

In einer Versammlung in Chemnitz Ende November 1920 hat Kollege Seimbols (Leipzig) in seinem Vortrage: „Wirtschaftspolitische Ziele und Streitfragen“, ganz richtig darauf hingewiesen, daß die Arbeiterchaft noch weit mehr ihr Interesse der Volkswirtschaft zuwenden muß. Durch meine Ausführungen will ich einen Helfer der Kollegen, die älter an Jahren und vor allen Dingen auch reicher an Erfahrungen, veranlassen, dieses Gebiet weit mehr als politische Zuhörerinnen zu beachten.

Bei allen volkswirtschaftlichen Untersuchungen ist es raffant, in erster Linie vom Geldwesen auszugehen. Wir müssen uns deshalb vor allem fragen: „Erfüllt das Geld seine Aufgabe in zuverlässiger Weise, d. h., vermittelt es ununterbrochen, gleichmäßig und unter allen Umständen den Austausch der Güter und Leistungen und entscheidet es einwandfrei über die Güterverteilung im privat- und volkswirtschaftlichen Sinne? Mit diesen beiden Sätzen, einem Buch

über „Die Befreiung von der Geld- und Inhaberkraft“ entnehmen, ist ein Kernpunkt festgelegt, der weitestliche Bedeutung für die Lösung der Arbeitslosenfrage hat.

Kommen wir also einmal auf die Eigenschaft des Geldes zu sprechen, die das Geld hat und die, die es haben soll, ja muß, um eine günstige Wendung in unserer Wirtschaft (besser Volkswirtschaft) herbeiführen zu können. Das es so nicht weitergehen kann, wissen wir alle; versuchen wir also zu helfen und beklagten einmal den vorgelegten Weg. Der Kürze wegen will ich vermeiden, die „Lehre vom Wert“ oder den „Wertgedanken“ zu krefsen. Es ist dies auch nicht unbedingt nötig, da mein Artikel ja nur ein Hinweis sein soll.

Wilo leben wir aus das Geld an. Es hat die Eigenschaft, sich in beliebigen Mengen aufspeichern zu lassen, ohne zu verderben; man braucht es nicht auszugeben, wenn man nicht will. Dies gilt hauptsächlich in dem Falle, wo es sich um ererbte, erparates Geld handelt, welches nicht zum Lebensunterhalt gebraucht wird. Diese Eigenschaft des Geldes entspricht nicht dem Zwecke, den das Geld erfüllen soll. Das Geld soll und muß Tauschmittel sein, soll die Volkswirtschaft gelunden und die Produktion regelmäßig und ohne Störungen, Arlen usw. vor sich geben. Nun ist das Geld aber ein Schamittel, ja sogar ein Tyrann, der gigantische Kraft einfließen hat; Kraft, die bewirkt, daß Hunderttausende nicht arbeiten, Zehntausende keine Wohnung finden können. Und da niemand hier helfen kann oder will, so müssen wir es selbst tun.

Wie ein Arzt bei einem Kranken, wenn alle andern Mittel nutzlos sind oder, falls sie angewendet waren, doch zur Operation schreiten muß, so müssen wir also auch und mit weiters reiler Überlegung und fester Grundlage an das Werk gehen, müssen den unnatürlichen Zustand im kranken Körper der Volkswirtschaft durch den natürlichen Zustand erleben. Unnatürlich ist die Eigenschaft des jetzigen Geldes, denn durch die erfüllt das Geld seine Aufgabe nicht, kann sie nicht erfüllen. Das Geld soll nämlich, um das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gleichmäßig zu gestalten, was wieder eine Festigkeit der Warenpreise zur Folge hätte. Die Festigkeit der Warenpreise wieder sichert uns die gleichbleibende Kaufkraft des Geldes (also auch untes Lohnes). Die angeführten Notwendigkeiten für eine geordnete Volkswirtschaft, kann das jetzige Geld nicht aufweisen und wird es auch nicht können, weil ja eben, die Beschaffenheit des Geldes eine richtige, Vermarktung gar nicht zuläßt. Wie aber sind diese volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu erreichen? Nur durch eine Operation auf dem Gebiete des Geldwesens, die nicht beklagten kann, wenn sie auf natürlichen Grundlagen aufgebaut ist und einer organischen Entwicklung entspricht. Der Austausch materieller und intellektueller Güter und Leistungen ist das natürliche Gesetz der Volkswirtschaft. Es unterliegen nun alle Waren, Produkte und Arbeitsleistungen naturgemäß einem Angebotszwange, denn sie sich wohl gelegentlich kurze Zeit, nie aber dauernd entstehen können. Nicht so das Geld! Im Gegenzuge zu allen andern Gütern, mit denen das Geld in Austausch zu treten bzw. ihn zu ermitteln hat, hat das Geld gewisse Vorzüge, die seinem volkswirtschaftlichen Amt und Angebote direkt entgegenwirken. Durch Geld hat man dem Geld eine absolute Unveränderlichkeit verliehen. Man legt für jedes Geldstück, ob Papier- oder Metallgeld, einen gleichbleibenden Nennwert fest. Die Eigenschaften nun, die das Geld besitzt, stempeln es zu einer Universalware von unbegrenzter Dauerhaftigkeit, für die es nie an Abnehmen leidet. Was zur Folge hat, daß es nicht über den unmittelbaren persönlichen Warenverbrauch des Besitzers hinaus angeboten zu werden braucht. Somit stellt dem Geld das natürliche Angebotszwang, dem alle andern Waren unterliegen, und deshalb leidet auch dem Geld die volkswirtschaftliche Voraussetzung für einen glatten Geld- und Warenaustausch also für das volkswirtschaftliche Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage.

So ist es auch zu verstehen, daß das Angebot von Waren und Arbeitsleistungen immer dringender und härter ist als das Angebot von Geld. Die Ausnahmestellung, die das Geld in der Volkswirtschaft einnimmt, läßt also das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, bewirkt dadurch Preis- und Konjunkturschwankungen und stößt die Währung um. Sogar die Kapitalwertigkeit des Geldes ist eine aus derselben Ursache hervorgegangene gewaltige Erscheinung. Somit ist die Beschaffenheit des Geldes für die Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. Das Geld kann „warten“, ohne Schaden zu leiden, bis die durch das Warten erfolgende Störung des Warenaustausches und der Produktion die Fabrikanten und Unternehmer betrefen weiterer Produktion zurückhaltend und die Produzenten (Arbeiter) betrefen ihrer Lohnforderungen nachgiebiger und „belchender“ macht. Und je länger das Warten andauert, um so günstiger gestaltet sich die Position des „Wartenden“, aber ungünstiger die

Positionen, der es allig hat und nicht warten kann, weil er launig verhängert.

Da also der Geldbesitz dem Besitz an Waren und Arbeitskraft überlegen ist, hat er dadurch auch die Warenproduzenten in seiner Gewalt, die natürlich nur Arbeit finden, wenn die Kaufleute, Fabrikanten und Unternehmer es nicht für geboten erachten, mit ihren Aufträgen und Unternehmungen ebenfalls zu warten und die Produktion einzufrieren oder auszugeben. Und weil dies so ist, verlangt das Geld, welches sich aus den Ersparnissen des ganzen Volkes in den Händen der Sparkassen und Banken oder durch den Handel in den Händen der Kaufleute und Kapitalisten anammelt, eine Ertrauensabgabung dafür, daß es nicht wartet, sondern sich gnädig in den Dienst der Volkswirtschaft stellt und sich nicht etwa infolge privater „Schachbildung“ einfach gnädig aus dem Verkehr zieht.

Das Tauschmittel Geld ist begehrenswerter gefaltet worden als alle andern Dinge sind, deren Austausch es dienen soll. Das ist der große Fehler durch diesen Fehler ergibt sich eben das große Mißverhältnis zwischen Geld- und Warenangebot und bewirkt demnach, daß die das Geldangebot übersteigenden Warenangebot unverkäuflich sind oder mit Schaden verkauft werden müssen oder aber erst gar nicht produziert werden dürfen. Dadurch also kann das Geld, weil sein volkswirtschaftliches Angebot zurückhält, den Handel als auch die Produktion unterbinden und hätte somit die Macht, die gesamte Volkswirtschaft zu erdroffen, die Erstens von Millionen Menschen unmöglich zu machen. Angesichts dieser Macht des Geldes gibt es für die Volkswirtschaft außer der Rückkehr zum Tauschhandel nur dem Ausweg, das erparate Geld durch die vorhin erwähnte „Ertrauensabgabung“ wieder in den Verkehr zu locken. Und diese Ertrauensabgabung ist der Zins (Mehrwert).

Der Zins ist die Voraussetzung für den gesamten volkswirtschaftlichen, also heute kapitalistischen Geldumlauf. Keinen Zins — kein Geld, heißt es bei den Geldbesitzern und -bedürftigen. Kein Geld — keine Nachfrage — kein Abzug — kein Handel — keine Aufträge — keine Produktion — keine Arbeitsgelegenheit — bedeutet dies für die Volkswirtschaft. Demnach sind Arbeitslosigkeit, Hunger, Bankrott, Not und Elend, Entvölkerung die Folgen der Verweigerung des volkswirtschaftlichen Geldumlaufs. „Geld bringt Arbeit“ ist die einfache Weisheit derer, die über eine gewisse Summe Geld verfügen und sich auf Kosten anderer dadurch ein Leben ohne Arbeit verschaffen können. Solange sich das Geld als Spar- und Schamittel besser eignet als alle andern Waren und Arbeitsprodukte, solange wird es seine Ausnahmestellung nutzbar machen und nur gegen Zins (Mehrwert) seine Bestimmung des Warenaustausches erfüllen.

Mit irgendwelchen Gewaltmitteln, Gesetzen und Verböten den Zins bekämpfen zu wollen, ist dergleichen und gefährlich für die Volkswirtschaft. Der Zins kann nicht bekämpft werden, wenn das bisherige Geldwesen, auf dem er ruht, nicht beiseite wird. Wir müssen unter Augenmerk auf die Ursache, nicht auf die Wirkung richten. Die Wirkung ist der Zins, die Ursache das Geld. Wollen wir die Wirkung nicht haben, müssen wir die Ursache beiseite. Jeder Vorgang des Geldes ist ein Nachteil für die Ware und für die sie erzeugende Arbeit. Um die Volkswirtschaft von der Tyrannei des Geldes ein für allemal zu befreien, müssen wir das Geld auf die Rangstufe von Ware und Arbeit herabsenken, damit es sich dringend und beständig anbieten und sich der Produktion und dem Warenaustausch zur Verfügung stellen muß, wie es Ware und Arbeit aus Gründen ihrer natürlichen Beschaffenheit tun müssen. Einen Tyrannen können wir nicht als Vermittler des Austausches unserer Produkte und Leistungen gebrauchen!

Mit diesen vorläufigen Feststellungen, die ich zur Begründung meiner Auffassung über die Ursache und Beseitigung der bestehenden Not, insbesondere die der Arbeitslosen, mit Jubelnahe des eingangs erwähnten Buches hier gegeben habe, will ich sagen, daß nur eine durchgreifende Geldreform auf natürlicher Grundlage uns die Erlösung von der unerhörten Zinsnechtheit bringt. Das zu erreichen, ist unbedingt notwendig, wenn wir nicht alle untergehen wollen, denn die Verelendung des Volkes ist die Bestimmung des Kapital!

Im Zusammenhange mit allem sei noch erwähnt, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten (Berlin) in seinem Programm u. a. fordert: „Schaffung einer natürlichen Wirtschaftsordnung, die die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft befreit, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag für jedermann verwirklicht und die persönliche Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit fördert. . . . Feststellung der Kaufkraft des Geldes durch eine künftige amtliche Preis- und Lohnstatistik. Sicherung des Schutzes durch selbsttätige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Kosten der Lebenshaltung.“ Diese Forderung kann sich auch die Arbeiterchaft zu eigen machen, denn diese Forderungen sind geeignet, den Boden zu bereiten für eine gründliche und schnelle Verbesserung

*) Georg Blumenthals Verlag, Berlin - Nickersee, Sieglitzer Straße 31. Preis 5 Mk.

unser Lebenslage. Unser Leben ist kein Leben mehr, es ist nur ein Dahinvegetieren. Wir sind nur „Tote auf Urlaub“, wenn wir der Not nicht mit durchgreifenden Maßnahmen, wie sie die Geldreform und die Grundbesitzreform bilden, steuern. (Was für das Geld der Zins, ist für den Grundbesitz die Grundrente, also muß beides befeitigt werden.) Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist hart, vor nachbig, geht zugrunde. Darum alle Waffen geschmiedet, damit der Kampf zu unserm Heil ausläuft.

Chemnitz.

W. Matthes.

Ein feilhaftes Konglomerat

Im inneren Kampfe der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird Schlacht um Schlacht geschlagen gegen die Spaltungsparole der Moskauer. Der Kampf ist unvermeidlich geworden und muß bis zu Ende durchgeführt werden. Das Jahr 1920 war verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung. Statt proletarische Einheitsfront: Zersplitterung — Entfaltung der Reaktion. Wird das Jahr 1921 weiter diese Signatur tragen? Ist schon die politische Arbeiterbewegung zerklüftet, so muß es vornehmliche Aufgabe jedes ehrlichen Gewerkschaftlers sein, die Gewerkschaften, das einigste Bollwerk im Kampfe gegen das Unternehmertum, vor dieser Zerklüftung zu schützen. Weit links stehende Ströme haben dieses erkannt. Organisationen, die durchaus nicht frei waren in ihren Zielsetzungen von der Moskauer Phrasenflut, haben Streikraum gemacht mit den Jüngern dieser Richtung unter Anleitung an die seit Jahr und Tag auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehenden Proletarier. Sie haben endlich erkannt, daß die über ehrliche Kämpfer ausgegossenen Schmutzhitel sie bestechen, daß die Flut von Verordnungen, Verleumdungen auch über sie hinweggeht, weil sie eben an ihren Gewerkschaften festhalten.

Die Berliner „Freiheit“ schreibt in Nr. 544 v. S.: „Maßlos war die Verbeugung und tief ist die Flut von Schläm, durch die die besonnenen und einsichtigen Elemente der Arbeiterschaft walen müssen, um aus diesem Chaos der inneren Zerklüftung wieder herauszukommen“, und fordert ihre Genossen im selben Artikel auf, zu rüsten gegen die Zerstörer der internationalen Gewerkschaftsbewegung, „immerwährende Tatbereitschaft ist nötig, um die letzte Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften zu bannen“.

Das Berliner Organ der USP, sagt, daß in allen Gewerkschaften diese Kämpfe bevorstehen. Es ist erfreulich, daß im Proletariat Verständnis für diese Ausführungen vorhanden ist und es hat auch diese Sache schon gute Früchte gezeitigt in Organisationen, die eben in ihrer Führung Bestandteile der Moskauer Phrasenflut beherbergten. Verwunderlich nur ist es, daß die Berliner Buchdrucker-„Opposition“ scheinbar gar nichts von dieser Bewegung kennt, daß in getreuer Freundschaft USP, und MSPD. losziehen gegen „die besonnenen und einsichtigen Elemente“ des Bauvereins, daß es zum Entscheidungskampfe kommen wird zwischen „Vereinigter Opposition“ (das ist der neue Titel) und den eben zitierten Kollegen.

Ich weiß, die Gauvorstandswahl, verehrte „Oppositions“-Kollegen! Glaube aber nicht an die Wahrscheinlichkeit dieser Ursache des neuen Krieges! Alle Berliner Generalverammlungsdelegierten wird der Straßler der Generalversammlung vom 15. Dezember 1920 in Erlaunen verfehlt haben. Und warum? Weil sie es nicht begreifen konnten, daß man bei der Auslichtslosigkeit der an diesem Tage gespaltenen Opposition auf Urwahl drang, auslichtslos deshalb, weil „die besonnenen und einsichtigen Elemente“ erst leiblich bei der Besthornwahl über 50 Proz. der Berliner Gesamtkollegenliste auf sich vereinigen und bei den getrennten Listen der am 15. Dezember 1920 gespaltenen Opposition ein Erfolg einer dieser beiden letzten Richtungen unmöglich zu buchen gewesen wäre! O ihr Scheinheiligen! Ganz nach altem Muster wirkt man uns vor, 13000 Mitglieder vergewaltigt zu haben durch 200 Kollegen.

Abgegeben von der eben angeführten Auslichtslosigkeit, werden auch in diesem Falle die Tatsachen verdrängt. Statutarisch einwandfrei sind diese Delegierten der zehn Berliner Bezirke berechtigt gewesen, den Gauvorstand zu wählen, berechtigt deshalb, weil diese Kollegen ja der Abschlag des Stimmungsbildes in den Bezirken sind. Auch hier wird der Einwand gebracht werden: Vor Zahresfrist! Wenn nach diesem Modus nun einmal gewählt wird, dann wählt erst die Delegierten nach dem jetzigen Stimmungsbild!

Und wie sehen die eben festgefundenen Wahlen der Delegierten der einzelnen Bezirke aus? Würde das Fiasko nicht noch größer werden?

Alles in allem: Theaterdonner! Eine Parade abzuhalten über die beiden oppositionellen Richtungen halte ich für überflüssig. Und nun zurück zu der Parole der USP. Wie verhalten sich diese Genossen zu dem ihnen vorgeschriebenen Wege: die Organisation nicht einem Zummelplatz der „Keller“ der Moskauer Diktatoren werden zu lassen? Ist er nicht gleichbedeutend mit dem Inhalte der Resolution, die am 16. Januar in den „Kammerläden“ von einer großen Anzahl Kollegen fast einstimmig angenommen wurde und in ihrem Schlusssatz sagt:

Nicht Selbstzerfleischung, sondern solidarischen Zusammenhang. Nicht Zersplitterung, sondern Aufbau. Nicht Aufschismus, sondern Sozialismus. Nicht Moskau, sondern Amsterdam.

Berlin.

G. Kura.

Scheidung der Geister

In Berliner Kollegenkreisen brodel es heftig wie in einem Ferkelkessel. Schon vor etwas über zwei Jahren hat der gemäßigtere Richtung entgegen eine scharfe Abwehrströmung eingekehrt, die mit den bisherigen Grundrissen des Verbodes unzulässig ist. Stark ist diese Opposition nicht so sehr an Zahl, als vielmehr an Selbstbewußtsein und Schlagfertigkeit ihrer Wortführer gegenüber ihren maßvollen Mitarbeitern und Berufsgenossen. Es ist ein Häuflein, eine Handvoll Rührigster, ja Stürmer, das in den heranwachsenden Anhang sucht und findet, die, von ersteren einseitig gezogen und befeuert, ohne eine richtige Vorstellung von der Verbandsgeschichte, einen größeren Schaden bilden.

Man trifft von dieser Seite stets geräuschvoll auf; arbeitlich mit eigenem Heißerikon und mit Schlagwörtern wie: Abfließen und Befestigung der Verbandsspitzen und der Unterführungen, Diktatur, „Erziehung“ zu Gewalt, Gedankenfreiheit, so wie sie sie ausfallen, Generallstreiks, Macht um jeden Preis, Moskau, Rußland als Vorbild, Verdrängung, dann vornehmlich Wiederaufbau.

Die sachlich überlegenden Verbandskollegen denken kühler, und zwar so: Wir stehen fest zum Verband und seinen Einrichtungen in der Gestalt, wie er groß geworden, und werden ihn immer gemeinsinniger ausbauen und werden ihn für das Gesamtwohl, Gewissens- und Glaubenssache wie politische Auffassung steht jedem Mitgliede frei. Politik wird von Verbandsseite nicht getrieben. Grundfesten sind wie bisher auch fernerhin: berufliche Ehrbarkeit, Kollegialität, Solidarität und Pflichttreue. Wir sind ein Teil des freien deutschen Kulturvolkes und sind es gewöhnt, uns frei zu betätigen. Das arme Volk der Russen ist früher tyrannisiert worden und kommt auch jetzt aus der Terrorisierung und Vergewaltigung nicht heraus; wir wollen aber mit ihm, kommt es dort zu geregelten Zuständen, geistige Verbindungen seinerzeit wieder anknüpfen und gerne pflegen, zum Nutzen beiderseits. Durch den langen Krieg sind wir alle entkräftet und blutleer und sind es müde, in den Wunden weiterzuwühlen und uns gegenseitig zu zerfleischen. Wir wollen endlich den Frieden und durch Aussprache und Verständigung, mit der Kraft des Geistes aus dem Chaos heraus- und weiterkommen. Fehlende Generallstreiks und wilde Streiks machen uns wirtschaftliche Lage immer trostloser und zerstörer. Ein erfolgreicher und wirksamer Streik zur Besserung der Erwerbsverhältnisse kann nur ausnahmsweise und nur eine ultimo ratio, das letzte Mittel sein, wenn alle anderen ersöpft sind.

Die scharfen Gegenüber wollen aber davon nichts hören. Sie bestehen auf ihrem Schein, auf den sie sich eingeschworen und den sie als echt ausgehen; sie schicken ihre Dauerredner in die Verbandsberatungen, die um 5 oder 5½ Uhr beginnen und bis 11 Uhr noch von ihnen mitzureden würden, wenn die Mitglieder nicht danach trachten, bis Mitternacht zu Hause zu sein; dabei bewegen sich diese Redner lediglich auf dem Gebiete der Politik und außerhalb jeder Tagesordnung. Für sachliche Aussprache fehlt es dann an Spannkraft und Zeit. Das eigentliche Verbandsziel bleibt sonach im Rückstände, weil der Zanb der Widersacher es so und nicht anders will.

Die Verammlungssteilnehmer gehen meist mit leerem Magen zu den Sitzungen, die bei sachlicher Beratung in zwei Stunden galt erledigt sein können, dauern aber oft fünf Stunden, in denen jene Weltbeglückter leeres Stroh dreschen, das sie hundertmal satfam wiederkaufen; und die meisten der Verammlenden gehen alsdann verdrossen weg.

Die zwei Hauptrichtungen Diktatur und Demokratie stehen sich wie 1 zu 5 in Berlin gegenüber, die Zahl der Delegierten als Maßstab genommen. Beide Richtungen werden sich kaum einigen, eher trennen. Wie verurteilt, will der eine Teil aus dem Verband ausscheiden, soann als „Synagogische Diktatorien“ unabhängig wirtschaften; vermutlich auch sonst eigenartig vorgehen und diktatorische Tarifabkommen von Betrieb zu Betrieb abzuschließen versuchen. Sie betonen ja ständig seit Ende 1918 recht sinnige, doch weltfremde Sonderwünsche: Ausscheidung des Unterstützungswezens vom Verband und Befestigung auf politischen Gebieten; Zweiflung der Unterstützungsleistung an den Staat (danach könnten unsre Konditionslosen und Kranken sterben und verderben, wenn sie wollen); Zahlung und Erhöhung der Unterstützung an die Konditionslosen, solange noch Geld in der Verbandskasse; ein Begünstigungsschmied Schönebergs wünscht einen Juristen als Verbandsvorsitzenden anstatt eines Berufscollegen usw. usw. — Schon diese Musterkarte weist auf den Weg, wohin der Wind geht.

Es scheint den Abwegigen zugut zu gehen im Schoße des Verbandes. Vielleicht, daß ihnen dieser entgegenkommt in der Rückzahlung der geleisteten Beiträge nach Abzug der erhaltenen Unterstützungen und eines kleinen Betrags für die Verwallungsausgaben. Sie sollen ihren Musterstaat beliebig aufrichten und die dem Verbandszugehörigen Experimente machen auf ihre Kosten und Gefahr, und sehen, daß sie weiterkommen. Nach ihrem freiwilligen Ausscheiden ist an ein Zurück nicht zu denken. Verbandsältester Mallin, der bestellte Barde, wird ihnen seinen väterlichen Segen nicht verlagern; dann mögen sie in Frieden ziehen.

Troh des tiefen Ernstes der Sache mußte das Ganze doch tragikomisch an; ob nicht auch hier das Sprichwort zutrifft: „Wenn es dem Gei gut geht, hopt er aus Eis, um zu tanzen!“

Berlin.

E. V. M.

Korrektoren heraus!

(Ein ernstes Geleitwort für die Delegierten der Korrektoren zu den nächsten Tarifberatungen)

Nachdem nun der neue Tarif zum ersten Male — leider erst jetzt — Sonderbestimmungen für Korrektoren enthält, zeigen dieselben dennoch von einer gewissen Verständnislosigkeit gegenüber dem Korrektorenberuf. Ein Abstand ist wenigstens insoweit behoben, daß nunmehr die Korrektoren den tariflichen Bestimmungen unterliegen, somit gelernt Buchdrucker sein müssen. Recht trübe Verhältnisse herrschen seither gerade auf diesem Gebiete, besonders in den Großstädten, wo so mancher Studiosus, Lehrer oder gar Rechtsanwalt im „Nebenberufe“ oder gar in seiner stillen Klause seine Kraft „in den Dienst der guten Sache“ stellt. Daß hier endlich einmal mit eiferem Besele getagt wird, ist wirklich an der Zeit; denn daß mit diesen „Serren Gelehrten“, denen jegliche praktische Kenntnisse abgehen, ein Hand-in-Hand-Arbeiten in den seltensten Fällen zu ermöglichen ist, steht ohne weiteres fest, vielmehr wird den mit ihnen zusammenarbeitenden Gehilfen ein rationelles Arbeiten erschwert. Wo nun auf Grund des neuen Tarifs die Entfernung dieser fremden Elemente erfolgt und eine Neubesezung durch gelernt Buchdrucker nötig wird, ist es — nachdem der Prinzipal für die Folge an tarifliche Verpflichtungen gebunden ist — interessant, was da zu erwarten von einem solchen „Anwärter“ verlangt wird: „durchaus zuverlässig“, „orthographisch einwandfrei“, „politisch gebildet“, „in der Abfassung von Berichten scharf“, „sprachkundig“ usw. Paß außerdem ein Prinzipal, der sich dazu bequem, aus seinem eigenen Personal einen Korrektor zu entnehmen, nicht das „allerdümmste Luder“ für diesen Posten auserkählt, steht gleichfalls fest. Nachdem nun im neuen Tarif unter den knappen Sonderbestimmungen der Korrektoren auch enthalten ist: „Der Korrektor ist der Schwierigkeit seiner Arbeit entsprechend zu entlohnen!“ mochten wohl die Delegierten der Korrektoren künftighin eine Besserung im Lohnverhältnis ihrer Spartenkollegen erblicken.

Wie aber liegen in Wirklichkeit die Lohnverhältnisse heute bei den meisten Korrektoren?? Sollte derselbe vor dem Kriege 8 bis 10 Mk. über Minimum, so hat er dies in den meisten Fällen — auch heute noch — trotz des völlig veränderten Geldwertes! War es während des Krieges manchmal die Furcht vor dem Schützengraben, so war es später bei den verbliebenen Lohnforderungen der Gehilfenchaft, bei denen man in jedem einzelnen Fall auf den hartnäckigsten Widerstand der Prinzipale stieß, unmöglich, noch Sonderforderungen zu stellen — ganz abgesehen davon, daß so mancher „Faktor in Amt und Würde“, dessen Monatsgehalt vielleicht heute noch nicht an das ortsübliche Minimum heranreicht, es fertig bringt, seinen „Nivalen“ sich nicht über den Stopp wachsen zu lassen. Ist es da nicht wirklich an der Zeit, daß sich nun endlich die Korrektoren aufraffen und eine gerechte Bewertung ihrer Arbeit „berühmten“ müssen? Welche Anforderungen z. B. an die Namen des Korrektors in einem Zeitungsbetriebe gestellt werden, an dem vielleicht vier Setzmaschinen (durch Sichtwechsel jumeit zwölf Stunden in Tätigkeit) und außerdem noch ein Stab von Satzsehern „hängen“, weiß nur der zu würdigen, der schon selbst die Schule durchgemacht hat.

An die Delegierten der Korrektoren zu den nächsten Tarifberatungen ergeht daher der einmündige Ruf: Tretet mit allem Nachdruck dafür ein, daß endlich der Korrektor für seine verantwortungsvolle, ganz besondere Fähigkeiten erfordernde Tätigkeit „tariflich“ mindestens in die Lohnklasse der Maschinenseher eingereiht werden muß. Wer nämlich auf das Entgegenkommen oder das „freie Ermessen“ der Prinzipale Hoffnungen setzt, wie dies im neuen Tarif in solch dehnbarer Weise festgelegt wurde, wird sich — wie immer — bitter enttäuscht sehen, besonders in den Provinzstädten.

—r.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 19. Januar.) Die Generalversammlung erbrachte zunächst in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Vorstehenden des ADGB. Legten dann einem ehrenvollen Nachrufe vom Kollegen Mallin. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, war die Verammlung überaus stark besucht. Als einzigen Gegenstand behandelte Kollege Mallin in seinem Referat. Die gegenwärtige tarifliche Lage. Die letzte Tarifausdehnung mit dem Resultat einer vollständig ungenügenden Teuerungszulage hat unter den Kollegen wenig Beifriedigung ausgelöst. In Voraussicht der kommenden Situation halten die Gehilfenvertreter darauf hingewiesen, daß, wenn sich die Verhältnisse ungünstiger gestalten, der Tarifauschuss sich wieder zusammenfinden müsse. Die Prinzipale haben dies akzeptiert. Die immer drückender werdende Not der Gehilfenchaft und deren Drängen veranlaßte den Verbandsvorstand, mit den Kreisvertretern zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Sämtliche Gehilfenkreisvertreter stellten darauf Anträge auf Einberufung des Tarifauschusses, und am 30. Dezember hat das Tarifamt hierzu Stellung genommen. Die Prinzipale nahmen eine ablehnende Haltung ein und bestritten den Gehilfen das Recht des Verlangens zur Einberufung des Tarifauschusses. Alle Einwendungen der Gehilfenvertreter waren erfolglos. Selbst der Einwand, daß das Tarifamt kein Recht habe, die Zusammenberufung des Tarifauschusses abzulehnen, wenn die gesamte Gehilfenvertretung dieses beantragte, wurde als nicht stichhaltig

angehen. Die Gehilfenschaft habe nur in der Voraus-
setzung den Tarif angenommen, daß bald ein Ausgleich
mit der zunehmenden Teuerung erfolgen werde. Die er-
neut und mehrfach unternommene Fühlungnahme mit den
Prinzipalen blieb ohne Erfolg. Er habe beim Prinzipals-
kreisvertreter dringend auf den Ernst der Situation hin-
gewiesen und jede Verantwortung abgelehnt, wenn die
jetzige Situation in einem brüchlichen Vorgehen ihre Aus-
wirkung finde. Auch der Verbandsvorstand bemühte sich
in der derselben Richtung, darauf hinweisend, daß bei
Nichtbeachtung der Gehilfenforderungen die Beunruhigung
weiter um sich greifen werde. Das Vorgehen der Per-
sonale von acht großen Zeitungsunternehmen illustrierte die
Stimmung der Berliner Gehilfenschaft. Diesem Vorgehen
habe er sich als Kreisvertreter nicht anschließen können,
weil er Allgemeininteressen zu vertreten habe. Eine un-
verbindliche Aussprache mit den Zeitungsverlegern und
dem Personal der acht Firmen habe dann schließlich einem
Schiedsspruch des Kollegen Schliebs zugestimmt, nach
welchem in der Hauptsache 12 Mk. ab 1. Januar den
Befehligen zugesprochen wurde unter Anrechnung bis zu
5 Mk. bei einer späteren Erhöhung der Teuerungszulage.
Am 7. Januar hielten die Berliner Prinzipale eine Ver-
sammlung ab, in der sie eine Entschliebung annahmen,
worin zum Ausdruck kam, daß die Berliner Prinzipale
das gruppenweise Vorgehen der Gehilfen mißbilligten. Am
Schlusse dieser Entschliebung wurde aufgedeckt, „unbe-
dingt zusammenzufassen und keinerlei außerordentliche all-
gemeine Zulagen zu bewilligen, mag daraus werden, was
da wolle!“ Der in Leipzig zusammengetretene Haupt-
auschuss der Prinzipale habe den Vermittlungsversuchen
der Gehilfenvertretung bis jetzt nicht das nötige Verständ-
nis entgegengebracht und zeige die Tendenz, die Gehilfen-
schaft hinzuhalten. Ein erneut seitens des Kollegen Massini
an die Berliner Prinzipale gerichtete Schreiben brachte
eine vom 17. Januar datierte, sehr konjunktig gehaltene
Antwort, leider aber kein positives Resultat. Redner er-
örtere dann die Forderungen der Gehilfenschaft und be-
tonte, daß den am meisten nothleidenden Kollegen in erster
Linie geholfen werden müsse, präzisierter seinen Stand-
punkt und wies darauf hin, daß verschiedene Bezirke
bereits das Verlangen nach einem örtlichen Vorgehen
ausgesprochen haben, wenn die Prinzipale versagen.
Er habe gefast, was im Bereiche der Möglichkeit lag.
Es handle sich nunmehr darum, was zu tun sei; er
fordere auf, ruhig Blut zu bewahren und die ganze
Sache leidenschaftslos zu erörtern. Im selben Sinne
sprach sich Kollege Abrecht aus und erteilte hierauf
als erstem Diskussionsredner das Wort dem Kollegen
Barolain: Mit der Ablehnung des Instanzenweges sagt
die Prinzipalität der Gehilfenschaft den Kampf an; damit
erübrige sich eigentlich jede Diskussion. Die Gehilfenschaft
müsse es nunmehr auf den Kampf ankommen lassen; er
wolle auf Düsseldorf und Danzig hin, Berlin werde den
gleichen Weg gehen müssen. Von einer Differenzierung der
Zulage, wie die Kollegen Massini, Möhle, Kainz, Kahl, die
Rede sei; die Redigen haben den gleichen Kampf zu
den Verbetrateten. Ungelernte Arbeiter verdienen mehr als
gelernte. Was nutzt uns die Gehilfen, wo wir doch gar
nichts hatten? Die Buchdrucker verdienen nicht mehr den
Ehrentitel als Pioniere der Arbeiter; man werde die For-
derungen mit allen Mitteln durchdrücken müssen. Redner
machte dann Ausführungen politischer Natur und erregte
hierbei große Aufregung bei den Kollegen. Napp übte scharfe
Kritik am letzten Lohnabkommen. Die 20-Mark-Zulage
war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zu dieser
Zeit war die Konjunktur eine bessere, man hätte da gleich
loszuschlagen sollen, der Erfolg wäre sicher gewesen. Er be-
daure wie sein Vorredner das einseitige Vorgehen der
Zeitungspersonale, denn diese Selbstaktion schädige die All-
gemeinheit. Massini habe damals von einem Vorgehen
bzw. Ablehnung der Zulage nichts wissen wollen, und wie
er preise, so lange die Berliner Gehilfenschaft. Redner hob
die große Not der Kollegen hervor und plädierte für
ein sofortiges geschlossenes Vorgehen, denn die Geduld habe
ihre Grenzen. Die Prinzipale stellen sich direkt darauf
ein. Zwirner: Die Opposition habe an anderer Stelle
betont, auch sie hätte nicht ein Tadelchen mehr herausge-
holt; die heutigen Reden stehen mit dieser Feststellung im
offenen Widerspruch. Der WGBZ, verfolge die Politik der
Senkung aller Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel,
die fortgesetzten Lohnbewegungen brächten uns nicht vor-
wärts. Redner kann nicht finden, daß das Vorgehen der
Zeitungspersonale uns geschadet habe. Die Zeitungsver-
leger haben mit der Bewilligung der Zulage nicht, wie
behauptet, den Zweck verfolgt, die Kollegenschaft zu trennen,
sondern waren hierzu gezwungen, weil ihnen das Feuer
unter den Füßen brenne. Die verlangte Zulage in gleicher
Höhe für alle Kollegen ist einfach undurchführbar. Im
Rechtsarbeitsministerium wie in den Schlichtungsaus-
schüssen gelte der Grundsatz, daß Verbetratete und solche
mit Kindern mehr berücksichtigt werden müssen als Ledige.
Ein örtliches Vorgehen habe Vor- und Nachteile, eine
zentrale Regelung sei vorzuziehen. Die 15-Km-Grenze
bringt viele kleine Orte zu Berlin, und darin liege die
Schwierigkeit der Durchführung gleichhoher Zulagen.
Wenn sich die Prinzipale auf zentrale Verhandlungen nicht
einlassen, stehe uns das örtliche Vorgehen immer noch zu
Gebote. Redner brachte eine diesbezügliche Resolution
ein und beantragte sie. Gabben: Es ist richtig, daß die
Opposition das gefagt habe, was Zwirner behauptet. Die
Taktik der Gewerkschaften kann nichts anderes bringen,
auch durch die Vertreter der Opposition nicht. Die Klassen-
bewegung der Arbeiterchaft muß eben in andere Bahnen
gelenkt werden. Die Unzulänglichkeit der Bewilligungen
führe zur Katastrophe. Die Reaktion macht sich immer
stärker bemerkbar und die Arbeiterchaft zieht dabei den
kurzern. Wir müssen in eine sofortige Aktion eintreten.

Redner nimmt Bezug auf den Tarifkreis II, wo die Prin-
zipale sich verpflichtet haben, einen Fonds von 2 Millionen
Mark auszubringen zum Zwecke der Abwendung „unlarlicher“
Forderungen. Die Prinzipale stellten sich auf den
Kampf ein; diesem werde die Gehilfenschaft nicht aus-
weichen können. Die Arbeiterchaft muß zu einer einheits-
lichen Aktion kommen, und das kann nur gelassen durch
das Einstellen auf das kommunistische Programm. Bei
der Entscheidung dieses Programms wurde Redner dauernd
durch Schlußrufe und „Zur Sache!“ unterbrochen. — Hier-
auf wird die Redezeit auf zehn Minuten festgesetzt. Wouters
wirft dem Vorredner vor, er wolle nur im frühen Morgen
und die Forderung der Kollegen ausnutzen. Selbst wenn
wir die Zulage auf 100 Mk. bemessen, der Kreislauf
bleibt immer derselbe: höhere Löhne, Steigen der Preise,
und die Zulage ist weggemacht. Die Politik muß ein-
gestellt werden auf Sicherung der Produktion und Ab-
bau der Preise. Woll: Wir dürfen nicht warten, bis es
den Prinzipalen gefällt, ihre Tagung abzuschieben, sondern
wir müssen diese zwingen, die Tagung nach unsern Wün-
schen einzurichten. Bei der zentralen Regelung hat Berlin
schlecht abgeschnitten, die örtliche Bewegung ist vorzuziehen.
Den Abwehrfonds hat nicht nur der Tarifkreis II, sondern
auch Leipzig, und Berlin wird folgen. Rose: Die Tarif-
gemeinschaft hat den Kollegen nicht Brot, wohl aber Antei-
liebe gebracht. Die Forderung nach einer sofortigen Teue-
rungszulage ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die schreck-
liche Zunahme der Futterkosten ist eine Folge der niedrigen
Lebenshaltung der Arbeiterchaft. Bei den Buchdruckern
ist diese Seuche besonders groß. Redner will keine Diffe-
renzierung der Zulage, fordert aber eine Minderzulage als
Ausgleich. Braun: Aber die Berechtigung der Forderung
einer sofortigen Teuerungszulage herrscht Einmütigkeit.
Das angezogene Beispiel von Düsseldorf reißt nicht zur
Nachahmung. Er danke aber den Düsseldorf Kollegen,
daß sie doch die Einheit später gehabt haben, sonst hätte
sich der Brandherd leicht auf das ganze Reich ausdehnen
können. Auch auf Danzig habe man zu Unrecht Bezug
genommen. Danzig habe in erster Linie für die so viel
geschmähte Tarifgemeinschaft votiert; man kann hier wieder
sehen, wie die Opposition sich alles zunutze mache. Redner
potenzierte gegen Barolain und Gabben, die für ein la-
tentes Vorgehen kein Verständnis haben in Folge ihrer ein-
seitigen kommunistischen Orientierung. Wolls Ausführungen
berühren ebenso eigenartig, sie führten nur zur Uneinig-
keit unter den Kollegen. Man muß nicht alles durch die
Berliner Brille betrachten. Die Verantwortlichkeit muß
die richtigen Wege weisen. Schleffer: Zur Injektion
einer Aktion, auch wenn es eine kommunistische ist, ge-
hört neben dem Verantwortlichkeitsgefühl auch die genaue
Kenntnis der allgemeinen Situation. Nichts schlagendes
Rechtsartikeln kommunistischer Trägen ist nichts anzufangen.
Gabbens Ausführungen veranlassen dazu, sich an den Kopf
zu fassen und zu fragen, ob wir noch da sind. Ein voll-
ständiger Widerstreit liegt darin, auf der einen Seite lau-
zu machen und auf der anderen Seite zu kommunistischer
Aktionen aufzufordern. Dem. Einleitend von Galt
stützen und Regen von kommunistischen Heimgelien in die
Gewerkschaften werden wir uns mit allen Mitteln wider-
setzen. Inre kommunistischen „Freunde“, die immer zur
„Einigkeit“ und „geschlossenen Aktionen“ auffordern, mögen
mal erst alle politischen Momente ausschalten und ihre
eigenen Worte zur Wahrheit machen, aber mit ihren Mäh-
ren uns in ersten Situationen verkommen. Redner zer-
spießte unter starkem Beifalle der Versammlung die
Ausführungen der kommunistisch gerichteten Opposition.
Thomas: Die Opposition möge sich erst einmal ihre Ver-
gangenheit ansehen. Es ist ein Irrsinn fondergleiches,
die Tarifgemeinschaft abzulehnen und zugleich aufzufordern,
mit den Prinzipalen in sofortige Verhandlungen einzu-
treten. Man fehl sich eine friedliche Maske auf und ver-
birgt ein ganz anderes Gesicht dahinter. Die Kommunisten
wenden sich an Gelbe, Gewerkschaften, Antunisten usw.
zwecks „einheitlicher“ Aktionen und beschlimmen gleichseitig
die Gewerkschaften und Parteien anderer Richtung in der
gemeinsamen Weise. Das ist Heuchelei und Demagogie zu-
gleich. „Wenn Sie veruchen, ihre politischen Ziele in
unsere Lohnbewegung hineinzutreiben, werden Sie sich eine
Abfuhr holen, die Sie noch nie erlebt haben!“ Vierath:
Die Kollegen in den Zeitungsdruckereien haben der All-
gemeinheit mit ihrem Vorgehen den größten Vordienst
erwiesen. Das Verhalten des Kollegen Schliebs, der sich
zu dieser Vermittlerrolle hergegeben, ist auf keinen Fall
gutzuheißen. Entgegen seiner Freunde von links, die den
loslofigen Zusammentritt des Tarifauschusses fordern,
bestürfte er, als Termin des Zusammentritts den 26. Januar
zu fordern, weil ein früherer Termin eine technische Un-
möglichkeit darstelle. Er verlange jedoch die Zubilligung
einer neuen und ausreichenden Teuerungszulage rück-
wirkend ab 1. Januar. Dann müsse die Prinzipalität
vor die Alternative gestellt werden: Entweder — Ober
Redner wandte sich am Schlus in den schärfsten Aus-
drücken gegen den Kollegen Thomas. Inzwischen war
ein Antrag auf Schlus der Debatte eingegangen und an-
genommen worden. Nunmehr erhielt Kollege Massini
das Schluswort: In einer einheitslichen Aktion gehört vor
allen Dingen die Einheit der Kollegen. Die Opposition
hat jedoch mit ihren Ausführungen die schärfsten Gegen-
sätze hineingetragen. Für uns sind in erster Linie die
gewerkschaftlichen Grundzüge maßgebend, die parteipoliti-
schen sind daher auszuschalten. Solange sich die Mehr-
heit auf diesen Boden stellt, werden wir uns hieron nicht
abbringen lassen. Wir lassen die Gewerkschaftsbewegung
durch revolutionäre Worte nicht auf Bahnen drängen, die
der Allgemeinheit der Kollegen nur schaden und dabei die
Reaktion stärken. Wenn die „rote Fahne“ jetzt so sehr
für den Zusammenschluß eintritt, dann hätte sie dies früher
tun können. Nachdem wir aber das Leninische Programm

kennen, imponiert uns der kommunistische Doctrin nicht
mehr. Redner wird der Prinzipalität ein Stimmungsbild
dieser Verammlung geben und von dem Prinzipalität rübl die
Situation Mitteilung machen. Bei der Prinzipalität rübl die
Verantwortung für die Ruhe im Gewerbe. (Lebhafte
Beifall.) Die Resolution des Kollegen Zwirner:
Angelehnt der steigenden Mollage der Berliner Gehilfen-
schaft und in Folge der Verhandlungsablage der Prin-
zipale bei der Einberufung des Tarifauschusses fordert
die Generalversammlung von Verbandsvorstand die so-
fortige Einleitung einer Bewegung für eine neue Teuerungszu-
lage. Sollte der Verbandsvorstand für eine zentrale
Regelung dieser Forderung sich nicht einlassen können,
so fordert die Generalversammlung des Vereines Berliner
Buchdrucker und Schriftgießer vom 19. 1. 21 die Ein-
leitung einer örtlichen Bewegung zur Durchführung oben-
stehender Teuerungszulage. Die Generalversammlung
bestimmt insofern: Wenn bis zum 27. Januar d. S.
dem Verbandsvorstand bzw. dem Kreisvertreter nicht
mitgeteilt ist, daß der Tarifauschuss zur Beschlußfassung
über eine neue Teuerungszulage in der ersten Februar-
woche zusammentritt, so sind die Forderungen der Ber-
liner Gehilfenschaft durch den Gauvorstand unmittelbar
dem Vereiner Berliner Buchdruckermeister zu überreichen.
kommt hierauf zur Abstimmung und wird mit übergroßer
Mehrheit angenommen. Dadurch wird die der Opposition
gegenstandslos. Am Schlus nahm die Versammlung noch
Stellung zu den in fünf von e. f. Bezirken mit schwacher
Mehrheit angenommenen Protesten gegen die Wahl des
Gauvorstandes, die in der letzten Generalversammlung er-
folgt war, während die Opposition Urabstimmung verlangte.
Kollege Massini erklärte hierzu: Solange es der Berliner
Gau durch seine Delegierten es für notwendig hält, Be-
schlüsse zu fassen, die sich auf Grund des Statuts herleiten,
so lange kann sich der Gauvorstand dem Willen der Dele-
gierten nicht entziehen. Die Delegierten steht dieses Recht
zu, sie sind gewählt durch den Willensausdruck der Ge-
samtheit der Berliner Kollegenchaft. Die Generalversam-
mlung ist souverän. Der Opposition steht es nicht zu, dieses
Recht der Delegierten anzufassen bzw. befehle zu schreiben,
und zwar um so weniger, als das Recht der Delegierten
durch das Statut eine legale Stütze findet. Die hierauf
vorgeworfene Abstimmung verwarf die eingereichten Pro-
teste gegen wenige Stimmen.
nch. Bonn. (Bezirksmaschinenmeisterverein.)
Am 2. Januar fand unsere diesjährige Generalversam-
mlung mit Kassenbericht, Jahresbericht und Neuwahl des
Vorstandes statt. Der Vorstand erstattete den Jahres-
bericht, aus dem zu ersehen war, daß der Verein im tech-
nischen Vorwärtkommen seiner Mitglieder seine Haupt-
aufgabe erfüllt. Die Teilnahme an den Versammlungen
war zufriedenstellend. Der alte Vorstand wurde einstimmig
wiedergewählt. Für das Frühjahr ist ein Farbenlehrkurs
in Vorbereitung, was, wenn es eine Beachtung eines
höheren technischen Fachlehrkurs, als bisher bestanden,
von den jetzigen Kollegen, welche bis dahin keine Ver-
sammlung schwänzen, die freie Hin- und Rückfahrt aus
der Vereinskasse erstattet werden wird.
Breslau. In der außerordentlichen Generalver-
sammlung am 9. Januar widmete Vorstand der Sporn-
ehrende Worte des Gedankens dem zu früh verstorbenen
Gewerkschaftsführer Legien und dem internationalen Sekre-
tär Kollegen Lautner, deren Andenken in üblicher Weise
geehrt wurde. Zwei Kollegen wurden dem Gauvorstande
zur Aufnahme und zwei Kollegen zum Ausschuss empfohlen.
Es folgte die zweite Beratung des neuen Disstatuts; der
vorgelegte Entwurf wurde mit einigen beantragten Ände-
rungen genehmigt. Was von gewissen Kreisen keine Ge-
legenheit verpaßt wird, die Gewerkschaften mit „kommu-
nistischen Fellen“ zu durchlöchern, zeigte sich bei der Be-
willigung der Mittel zum Ausbau des Gewerkschaftshauses,
der eine dringende Notwendigkeit geworden war. Nach
energischer Zurückweisung dieser Forderungen durch den
Vorstand erloschte jedoch die Bewilligung der Mittel
mit 203 gegen 35 Stimmen den Beweis, daß der frei-
gewerkschaftliche Geist der Mitglieder für kommunistische
Lodungen unempfindlich ist. Der Verammlung war eine
allgemeine Buchdruckerversammlung vorausge-
gangen, in welcher die Aufstellung der Kandidaten zu
den Tariforganen vorgenommen wurde.
Ecke. Zwei Jubiläen in einer Druckerel konnten
hier am 5. Januar gefeiert werden. Es waren Kollege
Fritz Dietrich, der auf eine 20jährige Verbandsmitglie-
derschaft zurückblicken konnte, und eine Jubilantin. Inre
einzige in ganz Deutschland vom Tarifamt anerkannte Ma-
schinenmeisterin Kräutlein Franziska Dimeher konnte
auf eine 40jährige Gewerkschaftstätigkeit zurückblicken. Die
Firma widmete ihr folgenden Nachruf: „40jähriges Be-
reitsjubiläum. Eine seltene Feler begeht heute die Ma-
schinenmeisterin Fraulein Franziska Dimeher, die von den
vielen alten, erprobten Mitarbeitern der „Eckelnden Zei-
tung“ auf die längste Dientzeit zurückblicken kann, da sie
schon unter der vierten Generation der Verlegerfamilie
tätig ist. Am 5. Januar 1851 trat sie in die Dienste der
Firma und verrichtete ihre Arbeiten trotz vieler körper-
licher Leiden mit musterhaftem Fleiß und vorbildlicher
Treue, so daß sie im Laufe der langen Jahre in eine Ver-
trauensstellung eintrat und den von Frauen nur höchst
selten besetzten Posten einer Notationsmaschinenmeisterin
bekleiden konnte. Möge es ihr vergönnt sein, daß sie
noch recht lange in guter Gesundheit ihre Tätigkeit for-
setzen kann. Sie in weissen Kreisen bekannte Jubilantin
wurde von viele Seiten durch Geschenke und Glückwünsche
geehrt. Vom Magistrat der Stadt Ecke und von der
Stadtkammer wurde die Jubilantin für ihre Pflichttreue,
Arbeitselast und Zuverlässigkeit durch Ehrenurkunden aus-
gezeichnet.“ Eine Fülle an diesen Stellen wollen wir uns

erparen, da schon genügend über die Verhältnisse bei der betreffenden Firma im „Korr.“ geschrieben worden ist und auch noch viele Kollegen, die hier in Kontakt waren, die Firma in Erinnerung haben werden. Für unsere Kollegen übernahm die Erziehung der Ortsvereine, indem dem Substitut ein Geldgehalt sowie die Verbandsgeschichte überreicht wurde. Letztere möge ihn auf seinen ferneren Lebenswegen begleiten und als treuer Zeitschriftener dienen!

Größl. In der letzten Generalversammlung gab Vorsitzender Kollth den Jahresbericht, der in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein kurzes Bild vom Schaffen und Wirken unsrer Ortsvereine gab. Die bisher amtierenden Vorstandskollegen wurden bis auf eine Ausnahme, der Bibliothekar lehnte eine Wiederwahl ab, wiedergewählt. Eine längere Debatte entpinn sich, als man die bisher getrennt geführten Posten des Orts- und Bezirksvorsitzenden wiederum auf einen Kollegen vereint wissen wollte. In Anbetracht dessen, daß die Arbeit beider (wenn sie zum vollen Nutzen unsrer Organisation durchgeführt werden soll) eine sehr umfangreiche ist, wurde der bisherige Modus beibehalten. Die Wahl des Bezirksvorsitzenden soll aber künftig nur auf der Bezirksversammlung stattfinden. Ein Antrag, der Verfallensschwäger mit 1 Mk. bestraft wissen wollte, wurde zurückgewiesen und soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt werden. Hierauf fand die Erziehung der Verbandssubjekte statt. 40 Jahre Mitglied ist Kollege Rudolph Schläuer; auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnten zurückblicken die Kollegen Günther, Kadisch, Dello, Kojchka, Eschirner, Franz, Matkiewicz und Groß. Der Vorsitzende dankte allen für treues Festhalten am Verband und wünschte, daß sie das von ihnen bisher gezeigte Interesse am Verbandsleben auch weiterhin behalten möchten.

Größl. (Maschinenmeisterverein. — Halb-jahresbericht.) Im vergangenen Halbjahr vereinten uns fünf Versammlungen, die ausgefüllt wurden mit: 1. Besprechung einer Rundungsdresner Druckmaschinen (Kollege Brendler); 2. Der Druck von Autotypen mit verlaufenden Rändern (Kollege Wittwar); 3. Der Druck von Kompartien (Kollege Wittig); 4. ferner Verlesung eines Vortrags, Besprechung der Winkler-Preße an Hand des freundlichen vom Bureau Usbern zur Verfügung gestellten Materials; sowie Erledigung technischer Fragen usw. Ein Anfang November unternommener Herbstausflug nach Böhmen hat uns für Stunden die Alltagsorgen vergessen lassen und wird allen Beteiligten in besserer Erinnerung bleiben. Möchte der Versammlungsbesuch ein besserer werden! Ein Wort des Dankes den Kollegen, die sich zu Referaten zur Verfügung stellen.

Tema. (Maschinenmeister. — Mit Genehmigung können wir von der Tätigkeit innerhalb unsres Vereines berichten. In einem von der staatlichen Gewerbebehörde unentgeltlich zur Verfügung gestellten Raum halten wir wöchentlich einen technischen Abend ab. Außer einer Vortragsfolge über die verschiedenen Anlageapparate hielt uns Kollege Weich (Leipzig) einen Vortrag über „Sprichtung und Druck von Illustrationen“. Alle Veranstaltungen werden durch unsere Vorsitzenden, Kollege Laubig, interessiert und anregend gestaltet, so daß der Besuch ein sehr guter ist. Die Generalversammlung am 11. Januar brachte keine wesentliche Anberung in der Besetzung des Vorstandes. Möge das Interesse an der Sparte auch im neuen Vereinsjahre das gleiche bleiben!

Kassel. Unsre Mitgliedschaft hielt am 7. Januar ihre erste Versammlung im neuen Jahr ab. Vorsitzender Kretsch widmete Karl Weglen einen warmen Nachruf. Das Andenken des Verstorbenen wurde durch Erheben von den Siben geehrt. Im weitern wies der Vorsitzende dann darauf hin, daß nunmehr der neue Karl angenommen sei. Er forderte von den Kollegen, daß überall darauf gesehen werde, nunmehr die geringen Vorteile, die er bringe, auch tatsächlich durchzubringen. Sodann berichtete er von Verhandlungen des Vorstandes mit den Prinzipalen über Unterbringung der Arbeitslosen und über die Gewährung einer Beihilfe vor Weihnachten. In allen Kassen Druckereten waren die Kollegen diesbezüglich vorstellig geworden. Die Prinzipalvertreter erklärten, daß sie ihren Kollegen die Gewährung einer Beihilfe, in erster Linie an die Verheirateten, empfehlen wollten. Sie haben sich dann untereinander verständigt, den Verheirateten mit Kindern 150 Mk., ohne Kinder 100 Mk. zu zahlen; eine Gewährung an Ledige sollte jedem einzelnen überlassen bleiben. Diese Beihilfe ist auch zur Auszahlung gelangt, wobei hervorgehoben zu werden verdient, daß neben der Druckererei des „Vollschlafes“ und der Buchdruckerei Eisenhardt, die 300 Mk. für Verheiratete und abgetuft weiter an alle Mitgliedsangehörige zahlen, auch noch die gemächlichen Betriebe Wenderoth N. O. (500 bzw. 200 Mk.) und Grünbaum (doppelt Wochenlohn) sowie einige kleinere Druckereten über 150 Mk. hinausgingen. Betreffs der Unterbringung von Arbeitslosen erklärten sich die Zeitungsbetriebe zur sofortigen Einstellung Arbeitsloser bereit. Weiterhin soll von Prinzipalen und Beihilfen gemeinsam versucht werden, Aufträge zu beschaffen, um noch mehr Arbeitslose beschäftigen zu können. Der Vorstand hat sich dazu bereit erklärt und ist auch bereits in diesem Sinne tätig gewesen. Dieser Bericht wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Versammlung hörte dann noch einen gut gedachten Vortrag des Herrn Lehrer Tauten in Traudt über „Kunst und Sozialismus“, der sehr lebhaften Beifall auslöste. Die Abrechnung vom Weihnachtskonzert ergab die erfreuliche Tatsache, daß ein Überschuß von rund 1400 Mk. für unsre Arbeitslosen, Invaliden und Witwen erzielt wurde, zu dem aus der Bezirkskasse noch rund 300 Mk. hinzugefügt wurden. Vorher hatte man noch die Kandidaten für die Neuwahlen zu den karitlichen Institutionen aufgestellt. Der Besuch der Versammlung

blühte besser kein Mann, sich solchen Besuch waren mir bisher im Kasse nicht gewohnt.

S. Käin. Die Bezirksversammlung am 2. Januar war gut besucht. Wiederum hat der Tod zwei Kollegen aus unsrer Mitte entrißen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Vorsitzender Kollege Wansen teilte mit, daß die Arbeitslosen zu Weihnachten erhalten haben: Verheiratete 150 Mk., Ledige 100 Mk.; ferner die Invaliden 25 Mk. und die Witwen einen Zuschuß von 50 Mk. Trotzdem nach § 11 der Satzungen des Verbandes jedes Mitglied verpflichtet ist, sich den ordnungsmäßigen Beschlüssen der Bezirks- und Ortsversammlungen zu fügen, haben es eine ganze Anzahl Kollegen, meistens der jüngeren Generation angehörig, unterlassen, dem in der Dezemberversammlung gefassten Beschlusse: „Für die Arbeitslosen einen einmaligen Beitrag von 5 Mk. abzuführen“, nachzukommen. Daut Versammlungsbeschlusse haben die Arbeitslosen für die Folge jeden Sonnabend ihre vom künftigen Arbeitsnachweis täglich abgetheilte Karte dem Verwalter vorzulegen. Einige Firmen haben zu Weihnachten Gratifikationen und Wirtschaftsbefehlen gewährt; außerdem noch Lohnausbesserungen von 5 Proz. bis 30 Mk. auf den Gesamtlohn. Längere Zeit nahm die Stellungnahme zur Lohnfrage in Anspruch. In treffenden Worten wurde der sogenannten Doppelpolitik entgegengeworfen, daß sie sich meistens in Kleinigkeiten verliere und den Ernst der Lage verberge. Kollegen Strowitzki mußte begründlich gemacht werden, daß der Verbandsvorstand im Falle Düsseldorf richtig gehandelt habe; gleichgültig wurde ihm erwidert, daß das Kapital die Verhältnisse besser begriffen hätte als die Arbeiterklasse. Um die Feuerungszulage zu erhöhen, wurde der Vorstand beauftragt, dem Gehilfenvertreter einen Antrag zu unterbreiten. Einen hochinteressanten und lehrreichen Vortrag hielt Herr stud. rer. pol. S. Stein über „Die augenblickliche Weltmarktlage“. Redner verstand es meisterhaft, durch seine klaren Ausführungen die Anwesenden anderthalb Stunden zu fesseln und er wurde dafür mit großem Beifall belohnt.

Wack (Hfpr.). In unsrer Hauptversammlung am 8. Januar gab Kollege Buchteiner einen Überblick über die Ortsvereinstätigkeiten des Jahres. Er sprach sich mit den letzten karitlichen Feuerungszulagen, Bezirksselektion, Lehrlingsorganisation und mit der Frage der Unterstellung eines belobten Gewerbetreibenden beschäftigte. Weiter gab er Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr, während Kollege Brauer die Kassenverhältnisse beleuchtete. Die Vorstandswahl wurde erledigt, indem der alte Vorstand (Kollegen Buchteiner als Vorsitzender und Brauer als Kassierer) wiedergewählt wurde. Ferner wurden örtliche und Bezirksangelegenheiten zur Erörterung gebracht.

Magdeburg. (Maschinenmeisterverein. — Halb-jahresbericht.) Die Halbversammlung nahm den Bericht des Kollegen Schulz über den Maschinenmeisterkongress sowie die Anträge der Sparte entgegen. Das Resultat des Kongresses wurde mit Befriedigung aufgenommen. Mit Freude wurde begrüßt, daß bei der Besprechung der Buchdruckerei „Die neuzzeitliche Ausnutzung der Buchdruckerei“ und die darin niedergelegte Arbeitsweise bei den Delegierten scharfe Ablehnung fand. Der Punkt „Technisches“ brachte einen kurzen Vortrag über die „Zurichtung“. Der Vortrag bot eine Fülle von Anregungen und fand gute Aufnahme. In der Versammlung waren Arbeiten, in Holzschnitt hergestellt, ausgelegt. — Am 8. Oktober fand eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich mit der Wahl des Kreisvorstandes beschäftigte. Dem Vorort Magdeburg sind acht Vereine mit insgesamt 112 Mitgliedern angeschlossen. Auch wurde in dieser Versammlung der Arbeitslosen gebacht. Beschlossen wurde, den erwerbslosen Kollegen für den jeweiligen Versammlungsbeitrag 3 Mk. zukommen zu lassen. — In der Novemberversammlung sprach Kollege Kühnast über „Autostereotypie — Mehrfarbendruck — Winkler-Preße — Lithographie“. Der Vortragende schöpfe aus der Praxis und unterließ durch gutes Anschauungsmaterial, konnte er seine Ausführungen für jeden Kollegen belebend gestalten. Unter „Lithographie“ wurden die Druckerbestimmungen diskutiert. Wenn von unsren vielen Anträgen wenige Früchte gebracht haben, so wurde mit Freuden das Einmalinsystem begrüßt. — In der Generalversammlung wurde der neue Vorstand per Akklamation gewählt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Von 185 organisierten Druckern Magdeburgs gehören 125 Kollegen der Sparte an. Arbeitslos am Orte waren 16 Kollegen. Um die hohe Arbeitslosenziffer nach Möglichkeit herabzudrücken, wurde beschlossene, eine Statistik auszuarbeiten, um alle unartiklichen Mißstände zu beseitigen und so einen Schritt weiter zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu kommen. Kollege Staab als Verwalter des Arbeitsnachweises wandte sich besonders gegen das Verhalten der arbeitslosen Kollegen. Er bezeichnete es als Unanbals, daß es die Kollegen nicht für nötig halten, an ihren Versammlungen teilzunehmen, obwohl sehr viel junge Kollegen es bitter notwendig hätten. — Für das Jahr 1921 ist ein reicher Arbeitsplan vorgegeben. Allen Kollegen, auch den Arbeitslosen, empfehlen wir, unsre Versammlungen und Veranstaltungen zahlreich zu besuchen, damit sie auf dem laufenden bleiben, sich weiter bilden, um in allen Fächern des modernen Buchdrucks auf der Höhe zu sein.

Mainz. Die am 8. Januar abgehaltene Versammlung genehmigte den für die Sammlung für die Notleidenden der Stadt Mainz bereits zur Verfügung gestellten Betrag von 150 Mk. Die Wirtschaftsbefehle gelangte mit wenigen Ausnahmen zur Auszahlung. Die Kandidaten für die Tarifinstitute wurden aufgestellt und der jetzige Arbeitsnachweisverwalter, Kollege Wann, auch für die neue Tarifperiode befristet. Als Aufsichtspersonen für den Arbeitsnachweis wurden drei Kollegen gewählt. Beifallen Beifall spendeten auch die lausenden Submitter dem Kollegen S. Zeeb für sein treffliches Referat über: „Die Sozialerziehung, unter besonderer Berücksichtigung der Krankenversicherung“. Derartige aufklärende Vorträge sollen nun öfters gehalten werden. Zum Schluß wurde noch beschlossen, den ausständigen Danziger Kollegen vorläufig den Betrag von 200 Mk. aus der Bezirkskasse zu überweisen und sofort Sammellisten in Umlauf zu setzen.

Merzbach. Am 9. Januar fand unsre zahlreich besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einige Mitteilungen über den Kassenbericht kund. Der Mitgliederstand ist auf 125 angewachsen. Der Kassierer berichtete über den Kassenbestand und es wurde ihm Entlastung erteilt. Die Vorstandsmitglieder wurden einstimmig von der Versammlung wiedergewählt und nahmen die Wahl an. Der Vorsitzende gab dann einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr. Trotzdem die Buchdruckerei der Firma Stolberg am 1. Juli aufgelöst worden war, wurde es möglich gemacht, daß sämtliche der dortigen Kollegen in chemischen und Industrierwerken Arbeit bekamen und so dem Ortsvereine nicht entgingen. Auch traten der Lehrlingsorganisation sämtliche Lehrlinge bei.

F-r. Nordhausen. Vorsitzender Kell gedachte in unsrer Generalversammlung am 8. Januar zunächst mit ehrenden Worten des verstorbenen Gewerkschaftsführers Weglen. Hierauf erstattete er den Tätigkeitsbericht des Vorjahres. Die Mitgliederzahl ist auf 70 angewachsen. Es folgten nunmehr die Jahresberichte des Kassierers und der Druckereivertrauensleute, die zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gaben. Die Ortskasse weist einen augenblicklichen Bestand von 592,31 Mk. auf. Dem Vorstande wurde für seine Mithaltung der Dank der Versammlung ausgesprochen. Nach Entgegennahme des Kassenberichts wurde, da Anträge nicht eingegangen waren, nunmehr zur Vorstandswahl geschritten. Da der erste Vorsitzende erklärte, das Amt wegen Arbeitsüberbürdung nicht wieder annehmen zu können, wurde Kollege Karl Ehbauer an dessen Stelle gewählt. Alle andern Vorstandsposten wurden wie bisher beibehalten, nur das Amt des Schriftführers ging in andre Hände über. Unter „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, die Unterfertigung für durdrückende Kollegen von 3 auf 5 Mk. aus der Ortskasse zu erhöhen. Nach einem Schlußworte des Kollegen Kell, im neuen Jahre fest zu unsrer Organisation zu halten und den Versammlungsbesuch zu steigern, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Wormsheim. Einer vom Vorstand unsres Ortsvereines im Vorjahr ergangenen Einladung an die Lehrlinge der hiesigen Druckereten zwecks Gründung einer Lehrlingsabteilung waren so ziemlich alle Lehrlinge nachgekommen. Ortsvereinsvorsitzender Meißner ging in längerem Ausführungen auf Zweck und Ziele der Lehrlingsabteilung ein und endigte mit dem Wunsch, auch die hiesigen Lehrlinge möchten sich zur Wahrung ihrer Interessen, beruflicher Fortbildung und Erweiterung ihres allgemeinen Wissens zusammenschließen. Es meldeten sich dann auch alle Anwesenden zur Aufnahme an. Nachdem der Ortsausschuß den Kollegen Dreher mit der Leitung der Abteilung betraut hatte und der Ausschuß gewählt worden war, trennte man sich mit dem Gebührenden, selbstig für die Sache der Jungbuchdrucker zu arbeiten.

se. Schwerin. Am 7. Januar hielt Kollege Diederich vor den hiesigen Kollegen einen recht interessanten Vortrag mit Lichtbildern: „Typographische Spielereien“ oder „Der Erfinder auf Irrwegen“. Offenichtlich mit Mühe zusammengetragenes Material führte allen Anwesenden vor allem die sehr weit zurückliegenden verunglückten Versuche vor Augen, den Schriftsatz auf mechanischem Wege herzustellen. Manche Bilder erweckten die größte Seltsamkeit, da die Skizzen nach den heutigen Begriffen erwießen, daß der Gedanke des „Erfinders“ von vornherein verfehlt war. Als Gegenstück führte dann der Referent die gegenwärtigen Sehmachinensysteme mit all ihren reichhaltigen Neuerungen vor Augen und lehrte u. a. auch damit den Beweis, daß durch die weitere Kompliziertheit dieser Maschinen die Arbeit des Maschinenlehrers wahrlich nicht erleichtert, sondern dieser immer mehr angepannt wird. Den Abschluß bildeten Abbildungen der bekannten neuesten Sehmachinensysteme und eine Vorführung der Räume der Typographfabrik. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Diederich will diesen auch unsren benachbarten Provinzkollegen zugänglich machen.

Straubing. Am 13. Januar fand unsre Hauptversammlung statt. Eine fast vollständige Anwesenheit der hiesigen Kollegenkollage war zu verzeichnen. Eine reiche Tagesordnung, bestehend aus 15 Punkten, bildete den Anlaß. Wie aus dem Jahresüberichtsbericht des Vorsitzenden zu ersehen war, sind die tariflichen und sozialen Verhältnisse geregelt. Auch das Kassenwesen konnte alle anwesenden Kollegen zufriedenstellen. An arbeitslosen Kollegen befindet sich zur Zeit nur einer in unserm Orte. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die jetzigen Mitglieder wiedergewählt, als Vorsitzender Kollege Straßler und als Kassierer Kollege Krenzl. Mit Dank ist auch an dieser Stelle erwähnt, daß Herr Buchdruckereibesitzer Gg. Suber (Gl. Altenhoferische Buch- und Kunstdruckerei Straubing) wie in den vergangenen Jahren so auch heuer das Weihnachtsgeschenk von 250 Mk. dem Ortsvereine „Typographia“ (Straubing) zur Verfügung stellte, ebenso Herr Buchdruckereibesitzer Beck, der dem dort verkürzt arbeitenden Kollegen den vollen Lohn bezahlte.